

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/014

Chronik vom 1. Januar 1960 bis zum 29. September 1960

1960

Ich glaube von jedem Menschen das Schlechteste, selbst von mir, und ich habe mich noch selten getäuscht.

Johann Nepomuk Nestroy (1801-1862, österreichischer Dichter)

01.01.1960

DDR: Von den rd. 11.700 mitteldeutschen Ärzten besitzen Anfang 1960 nur noch etwa 3.200 Ärzte ihre eigene Praxis. Ungefähr 50 % dieser Ärzte sind bereits über 65 Jahre alt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ärzte" in der SBZ (x009/39-40): >>Die Niederlassung von Ärzten in freier Praxis wurde 1949 auf seltene Ausnahmefälle beschränkt.

Man versuchte den Ärzten die haupt- oder "nebenberufliche" Tätigkeit in den Polikliniken und Ambulatorien durch Privilegien schmackhaft zu machen. ... Die Einschränkung der beruflichen Unabhängigkeit, Schwierigkeiten in der Erziehung der eigenen Kinder zwangen viele Ärzte trotz der guten Einnahmen zur Abwanderung ...

Ein großer Teil der jungen Ärzte wurde in die militärischen Einrichtungen gezogen. Rund ein Viertel der Ärzte ist ausschließlich mit Verwaltungsaufgaben befaßt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arzthelfer" in der SBZ (x009/40): >>Zunehmender Mangel an Ärzten gab 1951 Gelegenheit, zu ihrer Entlastung nach dem sowjetischen Muster ("Feldscher") Arzthelfer mit Fachschulausbildung des mittleren medizinischen Personals einzuführen.

Zunächst wurden sie aus Krankenpflegepersonal ausgewählt und in einjährigen Lehrgängen zusätzlich ausgebildet. Sie sollen in Polikliniken und im Betriebsgesundheitswesen und vor allem in ländlichen Gebieten Untersuchungen für Vorbeugung und in Krankheitsfällen vornehmen und die von Ärzten eingeleitete Behandlung weiterführen, dürfen seit 1957 auch Arbeitsbefreiungen aussprechen.

Die Entwicklung ist auf starken Widerstand bei den Ärzten gestoßen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Gesundheitswesen" in der SBZ (x009/157-160): >>Im Gesundheitswesen sind von 1945 bis 1954 die Ent-

wicklungsphasen des Gesundheitswesens der Sowjetunion wiederholt worden: nach der Bekämpfung von Seuchen, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wurde 1947 den Land- und Stadtkreisen und der Industrie die Errichtung von Polikliniken und Ambulatorien aufgegeben. ... Dem leitenden Arzt jedes Krankenhauses wurden die jeweils kleineren Krankenhäuser des Bereiches und die Poliklinik weisungsgebunden unterstellt, dieser ebenso die Ambulatorien und deren (damalige) "Außenstellen".

Diese einheitliche Gliederung sollte ermöglichen, alle Behandlungen von Bezirkskrankenhäusern und -Polikliniken aus zu steuern. So sollten die Schwierigkeiten der fachlichen Koordination der ärztlichen Behandlung und der Weiterleitung der "schwierigen Fälle" an die qualifizierte Stelle mit den Mitteln des Kommandostaates gelöst werden.

Der starke Abgang von Ärzten und der Widerstand der bleibenden Ärzte zwang 1959 dazu, von einer weiteren Nachahmung der Sowjetunion abzusehen. Das Regime mußte sich vielmehr bereit finden, den straffen Zentralismus zugunsten größerer individueller Entscheidungsfreiheit, zugleich auch das Übermaß an Spezialisierung preiszugeben und den einzeln arbeitenden Praktischen Arzt bestehen zu lassen. ...

Das jahrelang propagierte Prinzip, die ambulante und stationäre Behandlung jedes Kranken in die Hand jeweils nur eines Arztes zusammenzufassen, hat sich als nicht realisierbar erwiesen. Die Ärzte des Versorgungsbereiches sind weiterhin (mit Ausnahme einzelner Fachgebiete) entweder im "stationären" oder im "ambulanten Sektor" tätig.

Zusammengefaßt sind nur noch "Anleitung und Kontrolle" mit dem Zweck, eine rationelle und einheitliche Behandlung und Überwachung innerhalb der staatlichen Betriebseinrichtungen zu erreichen und Mehrfachaufwand für Diagnostik zu vermeiden.

... Das alles entspricht, mit geringen Abweichungen, dem Gesundheitswesen der Sowjetunion: im Plan ein umfassendes und rationell erscheinendes System von Krankheitsverhütung und Krankheitsbehandlung, das auf die Entwicklung und Erhaltung gegenwärtiger und zukünftiger Arbeitskraft ausgerichtet ist.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Immer neue Änderungen im Programm widerlegen die Behauptung, daß es sich um eine klare Konzeption handle, die sich mit angemessenem Aufwand realisieren ließe. Sie beweisen das Unvermögen des Regimes, einfache und in der Praxis wirksame und beständige Grundformen zu entwickeln, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden und dabei Raum für die Entfaltung persönlicher Initiative der Mitarbeiter zur Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten lassen.

Wie in allen Zweigen des sowjetischen Systems führen auch im Gesundheitswesen wirklichkeitsfern nach Doktrinen konstruierte Einrichtungen zu einem Übermaß von Verwaltung und "Kontrolle". Kräfte und Mittel werden dadurch der effektiven Arbeit entzogen. ...

Die medizinische Ausbildung ist nach dem Muster des sowjetischen Ausbildungssystems umgestaltet und stark politisiert worden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Dispensaire" in der SBZ (x009/100): >>... Die sowjetische Bezeichnung für medizinische "Beratungs- und Behandlungsstellen", die auf umgrenzten Gebieten Früherfassung und Aufklärung mit Diagnostik und Behandlung zusammenfassen, die Kranken mittels Meldepflicht erfassen, ihre Behandlung überwachen ("Fürsorge") und die weitere gesundheitliche Entwicklung verfolgen. Sie erstrecken ihre Tätigkeit entweder auf bestimmte Krankheiten oder auf solche Bevölkerungsgruppen (nach Arbeitsplatz oder Lebensalter), in denen bestimmte Krankheiten häufig auftreten.

Nach dem "Dispensaire-Prinzip" sollen das gesamte Betriebsgesundheitswesen und jede Poliklinik arbeiten. Besondere Dispensaire bestehen für Mütter und Kinder, für Tbc, Geschwulstleiden (mit gesetzlicher Meldepflicht schon jedes Verdachtfalls!), Krankheiten von Herz und Kreislauf, Leiden der Atmungsorgane, Diabetes usw., sowie als sportärztliche, psychiatrische

u.a. Beratungsstellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sozialistische "Betriebsgesundheitswesen" in der SBZ (x009/68): >>Befehl Nr. 234 der SMAD gab 1947 den Betrieben die Einrichtung medizinischer Behandlungsstellen auf, die nach sowjetischem Muster Teil des Systems der nach Versorgungsbereichen gegliederten ambulanten ärztlichen Versorgung geworden sind.

Größe und Ausstattung sind gestaffelt nach der Belegschaftszahl ...

Das Personal gehört dem staatlichen Gesundheitsdienst an; die Führung geht aber mehr und mehr an die Betriebsleitungen über. Im Vordergrund steht jetzt die Bemühung um die Entwicklung eines Betriebsgesundheitswesens auf dem Lande, d.h. bei den LPG.

Aufgaben: ambulante Behandlung (auch betriebsfremder Personen) und Kontrolle der Arbeitsbefreiung, "Erste Hilfe" bei Unfällen, Überwachung nach dem Dispensaire-Prinzip, Führung von Nachsanatorien und (neuerdings) Krankenhäusern, schließlich Arbeits- und Betriebshygiene, Unfallverhütung und Überwachung der Werkküchen.

Der Versuch, die Einrichtungen des Betriebsgesundheitswesens jeden Wirtschaftszweiges in jedem Kreis unter Leitung einer Betriebspoliklinik zusammenzufassen war allenfalls in einzelnen hoch industrialisierten Distrikten realisierbar. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Ambulatorium" in der SBZ (x009/21-22): >>Im System der ambulanten Versorgung bildet das Ambulatorium die mittlere Einheit, als Betriebs-Ambulatorium wie als Stadt-Ambulatorium und Land-Ambulatorium.

Diese sollen für je 10.000 Einwohner Zentren der ärztlichen Versorgung sein mit Gemeinschaftsarbeit von je etwa 4 Praktischen Ärzten und Zahnärzten, daneben Kinderärzten und den Fachärzten der übergeordneten Poliklinik.

Ihre "Versorgungsbereiche" werden je nach Wohndichte durch staatliche Praxen und Zahnarztpraxen in "Arztbereiche" untergliedert. Gemeindeschwestern und Hebammen werden ihnen zugeordnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Poliklinik" in der SBZ (x009/330): >>Errichtung durch SMAD-Befehl Nr. 242/1947 den Kommunalbehörden aufgegeben, im jetzigen System des Gesundheitswesens nach sowjetischem Muster die leitende Einrichtung je eines regional abgegrenzten ärztlichen "Versorgungsbereiches".

Jede Poliklinik soll mindestens 5 fachärztliche Behandlungsabteilungen, zahnärztliche Abteilung, physikalisch-therapeutische Anlagen und Apotheke umfassen und organisatorisch mit einem Krankenhaus verbunden sein, dessen Leiter sie untersteht.

Sie soll nach dem Prinzip des Dispensaire (vorbeugende medizinische Betreuung) arbeiten. Je eine Poliklinik soll für 50.000 Einwohner zuständig sein; nachgeordnet und fachärztlich von ihr versorgt das Ambulatorium und die staatliche Praxis. ... Die Ausstattung ist z.T. auch nach westlichen Maßstäben befriedigend, z.T. sehr primitiv.

Nach 1958 entfielen auf Polikliniken und Ambulatorien weniger als 40 % aller ärztlichen Behandlungsfälle.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Krankenhausordnung" in der SBZ (x009/233): >>Die im November 1954 erlassene "Rahmen-Krankenhausordnung" enthielt die erste Formulierung eines neuen Programmes der gesamten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung.

"Das Krankenhaus ist das medizinische Zentrum seines Versorgungsbereiches und leitet fachlich die medizinische Arbeit innerhalb seines Bereiches an", indem bei ihm "die stationäre und die poliklinische Betreuung der Bevölkerung mit den Maßnahmen der gesundheitlichen Vorbeugung und Nachsorge verbunden" werden.

... Jedes Krankenhaus hat festumrissene Aufgaben zu erfüllen und sich entsprechend zu "pro-

filieren". Dem ärztlichen Direktor jeder Anstalt sind die Poliklinik und alle ihr nach- oder zugeordneten Einrichtungen der ambulanten ärztlichen Versorgung des "Versorgungsbereiches" unterstellt. Verantwortlich ist er dabei auch für die Verwaltung; der Verwaltungsleiter "steht ihm beratend zur Seite". ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatliche Praxis" in der SBZ (x009/415): >>... 1956 probeweise in einzelnen Kreisen "freiwillig", 1958 allgemein eingeführt. Auf diesem Wege ist die Ablösung der freiberuflichen Tätigkeit beabsichtigt; in fest abgegrenztem "Versorgungsbereich" soll 1 Arzt für je 2.500 bis 3.500, 1 Zahnarzt für 2.300 Einwohner tätig sein, und zwar in fester Anstellung, möglichst beide im gleichen Hause, zusammen mit der Gemeindegeschwester.

Sie unterliegen der Aufsicht und Weisung des zuständigen Ambulatoriums und sollen wie dieses auch vorbeugend und beratend sich betätigen.<<

04.01.1960

Schweden: Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich, Portugal und die Schweiz gründen am 4. Januar 1960 in Stockholm die EFTA (Europäische Freihandelszone).

11.01.1960

DDR: Ein SED-Mitglied in Zwickau erhält am 11. Januar 1960 folgenden "Parteiauftrag" (x243/207): >>Lieber Genosse! - ...

Parteiauftrag: Du wirst als selbständiger Agitator bei dem Einzelbauer D., Bruno (13,91 ha) in Niedermülsen Nr. 24 mit dem Genossen W., Bernhard eingesetzt.

Dieser Parteiauftrag hat so lange Gültigkeit, bist Du o.a. Bauern für den Eintritt in die LPG Morgenröte Niedermülsen gewonnen hast. ...

Mit sozialistischem Gruß

K./Werkdirektor . W./1. Sekretär (der SED Zwickau).<<

22.01.1960

DDR: Der Nationalrat der "Nationalen Front" beschließt am 22. Januar 1960 die beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft.

24.01.1960

DDR, BRD: Nach langen Verhandlungen kann man sich am 24. Januar 1960 über eine gesamtdeutsche Mannschaft für die Olympischen Winterspiele in Squaw Valley/USA einigen.

17.03.1960

DDR: Ein Parteifunktionär berichtet am 17. März 1960 in der SED-Zeitung "Neues Deutschland" (x296/208 L): >>Werter Genosse Walter Ulbricht!

Wir sind sehr erfreut, Ihnen mitteilen zu können, daß sich nunmehr alle Bauern im Bezirk Neubrandenburg entschlossen haben, den Schritt vom Ich zum Wir zu tun und gemeinschaftlich zu arbeiten. ...

Durch die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus möglich gewordene demokratische Bodenreform erfolgte der erste entscheidende Schritt, das böse Erbe der unseligen Vergangenheit abzuwerfen.

Durch den jetzigen Zusammenschluß aller bisher einzelbäuerlichen Betriebe zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beginnt eine neue, höhere Stufe der Entwicklung für alle Bauern unseres Bezirkes. ...

Damit erhält auch der Bezirk Neubrandenburg ein neues Gesicht, geprägt von einer schönen sozialistischen Perspektive.

Gegenwärtig sind unsere Genossenschaftsbauern, unterstützt durch die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen patriotischen Kräfte und den Staatsapparat, dabei, mit großem Schwung die Frühjahrsbestellung in Angriff zu nehmen.

...<<

Ein geflohener mitteldeutscher Bauer berichtet später über die kommunistische Zwangskol-

lektivierung der Landwirtschaft im März 1960 (x243/207): >>Täglich kamen 6-8 Mann und verlangten den Eintritt in die LPG. Oft kamen sie täglich zwei- bis dreimal oder blieben bis nachts zwei Uhr. Unter den Werbern befanden sich Polizei, SED-Funktionäre. ...

Mein Sohn studierte an der TH in Dresden, und sie äußerten sich dahingehend, daß mein Sohn im Falle einer Weigerung von der TH entlassen würde. ...<<

>>... Anfang März ... kamen etwa 40 Werber ... mit Omnibussen in den Ort. ... Jeder Einwohner ... wurde von mehreren Werbern bearbeitet. ... Nachts waren die Ein- und Ausfahrtsstraßen des Dorfes durch Volkspolizei mit aufgepflanztem Seitengewehr bewacht. Lautsprecher führen durch das Dorf und forderten die Einzelbauern namentlich auf. ...<<

07.04.1960

DDR: Das SED-Regime erläßt am 7. April 1960 eine neue Beförderungsordnung für Lehrer. Den Lehrern werden unter bestimmten Voraussetzungen folgende Titel verliehen: Oberlehrer, Studienrat, Oberstudienrat, Professor. Diese Titel sind mit Beförderungszulagen zum Grundgehalt verbunden.

15.04.1960

DDR: "Karl-Marx-Stadt" (Chemnitz) meldet am 15. April 1960 als letzter DDR-Bezirk den Abschluß der Zwangskollektivierung aller landwirtschaftlichen Betriebe (x009/519).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Agrarpolitik" in der SBZ (x009/14-16): >>Die Landwirtschaft in der SBZ steht seit 1945 im Zeichen der von der kommunistischen Doktrin bestimmten Agrarpolitik.

Danach sind die Beseitigung des selbständigen Bauernstandes und seine Kollektivierung unerläßliche Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus.

Unter Mißachtung der ganz anders gearteten historischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in Mitteldeutschland kopiert die Agrarpolitik der SED das sowjetische Vorbild. ...

... Auch in der SBZ hat man zunächst auf die allgemeine Kollektivierung der Landwirtschaft verzichtet. Aus praktischen und politischen Gründen wollte man eine Opposition der bäuerlichen Bevölkerung vermeiden; man versuchte sich ihre Sympathien durch eine Bodenreform zu verschaffen, die zu einer entschädigungslosen Enteignung der Großgrundbesitzer und zur Aufteilung ihres Landes in eine Vielzahl kleiner einzelbäuerlicher Betriebseinheiten führte. Ein ansehnlicher Teil des aus dem enteigneten und aus öffentlichen Ländereien gebildeten "Bodenfonds" bildete den Grundstock für die Errichtung volkseigener Güter. ...

Der durch die Bodenreform ausgelöste Prozeß der Vermehrung des Kleinbetriebes auf Kosten des Großbetriebes war jedoch nur der taktische Beginn einer "Revolution von oben", denn die bei der Landverteilung zugrunde gelegte Betriebsgröße war so bemessen, daß man sich später auf das ökonomische Argument stützen konnte, die den modernen Bewirtschaftungstechniken weniger zugänglichen Kleinbetriebe in die "sozialistische Großbetriebsform" überführen zu müssen.

Das offensichtliche Nahziel war, die Bauernschaft zu neutralisieren, die Klassenspaltung im Dorf künstlich herbeizuführen und das neue Kleinbauerntum in eine vielfältige Abhängigkeit zu bringen, um es dem politischen Einfluß der kommunistischen Partei auszuliefern. ... Vor allem zeigte die Kollektivierung der technischen Ausrüstung in den Maschinen-Traktoren-Stationen die Absicht an, die zahlreichen Neubauern in seine Gewalt zu bringen. Die Bauern wurden vom Monopol der Maschinen-Traktoren-Stationen technisch abhängig. ...

Die Kampfmethoden gegen die Bauern mit größeren Wirtschaften (in der Regel über 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) waren vielfältig und zahlreich. Sie reichten von der hohen Einstufung im Tarif-, Ablieferungs- und Steuersystem einerseits und von der Benachteiligung in der Belieferung mit Betriebsmitteln aller Art und in den Erzeugerpreisen andererseits bis zur Verschärfung des Strafmaßes bei Nichterfüllung der auferlegten Pflichten, bis zur gesell-

schaftlichen Diskriminierung und reinen Willkür. ... In enger Verbindung damit vervollständigten das Agrarpreissystem und die Ablieferungspflicht die Möglichkeiten, die Groß- und Mittelbauern stark zu benachteiligen. ...

Die Werbung für den "freiwilligen" Zusammenschluß in LPG lag das simple Prinzip zugrunde: Benachteiligung der Einzelbauern - Begünstigung der LPG-Mitglieder.

Durch mehrere Ministerratsbeschlüsse wurden als Begünstigungen für die LPG u.a. festgelegt: Bevorzugte Bedienung durch Maschinen-Traktoren-Stationen beim billigsten Tarif, bevorzugte Kreditgewährung, Steuerermäßigungen, Senkung des Ablieferungssolls, bessere Versorgung mit mineralischen Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh und Geräten sowie Befreiung von Schulden, die aus der Übernahme von Land im Zuge der Bodenreform herrührten. ...

Die Zwangskollektivierung lief mit zeitweise unterschiedlichem Tempo vom Juli 1952 bis April 1960 ab. ...

Anfang 1960 setzte eine systematische Kampagne der SED ein, dazu bestimmt, den Widerstand der letzten Bauern zu brechen. SED- und FDGB-Funktionäre, Aktivisten, Organe der Polizei, der Staatsanwaltschaften, des SSD überschwemmt die Dörfer und erpreßten mit dem Beitritt zur LPG oft auch noch die Erklärung, daß er "freiwillig" erfolgt sei. In den ersten 3 ½ Monaten des Jahres 1960 ist ein annähernd gleich großer Nutzflächenanteil kollektiviert worden wie in den 7 Jahren von 1952 bis 1959. Am 15. April 1960 meldete der letzte Bezirk die "Vollsozialisierung". ...

... Mit der Umwandlung der LPG in Volkseigene Güter könnten auch die letzten Reste bäuerlichen Privateigentums, nämlich die persönliche Hauswirtschaft, der Verstaatlichung zum Opfer fallen. Die Überführung des persönlichen Eigentums an Grund und Boden - über die Stufe des "genossenschaftlichen Eigentums" - in "Staatseigentum" wäre dann vollzogen und vollkommen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Landwirtschaft" in der SBZ (x009/251-255): >>Die Agrarpolitik der SED hat sich den "Aufbau des Sozialismus auf dem Lande" und die Steigerung der Marktproduktion zum Ziele gesetzt. ...

Die mitteldeutsche Landwirtschaft der Vorkriegszeit wurde durch intensiven Ackerbau und eine pflanzliche Produktion gekennzeichnet, die derjenigen Westdeutschlands zum Teil überlegen war. Die Betonung der pflanzlichen Produktion war begründet in dem Überwiegen der Großbetriebe und des Ackerflächenanteils an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Entsprechend diesen Verhältnissen überwog der Viehbesatz in Westdeutschland gegenüber Mitteldeutschland. ...

In den Naturalerträgen bleiben die Ernten der SBZ, trotz allen "Kampfes um die Produktionsverbesserung", nicht nur weit unter dem Ertragsniveau der BRD, sondern auch immer noch unter dem Vorkriegsstand.

... Daß in der SBZ der Ertrag an Feldfrüchten derart enttäuschend ist, läßt auf sehr beträchtliche Hemmungsfaktoren schließen, die nicht in Witterungseinflüssen, sondern vor allem in dem unbefriedigenden Kulturzustand der Böden zu suchen sind. Neben der unzureichenden Handelsdüngerversorgung (mineralische Düngemittel) wirken sich hier die verschlechterte Bodenbearbeitung durch die Maschinen-Traktoren-Stationen, der Minderbesatz an Zugkraft, Mängel in der Saat- und Pflanzgutversorgung sowie die Schädlingsbekämpfung, die errungene betriebswirtschaftliche Umstellung im Zuge der Kollektivierung und schließlich die mangelhafte Organisation der Feldwirtschaft in den LPG ... und zum größten Teil auch in den Volkseigenen Gütern (VEG) aus. ...

Die tierischen Minderleistungen gehen vor allem aus dem Zurückbleiben der durchschnittlichen Schlachtgewichte bei Rindern und Kälbern, der Schlachtumtriebe bei Rindern und Schweinen und der Milchleistung je Kuh um je 25 bis 30 % gegenüber dem Leistungsstand

der BRD hervor.

Die geschilderten Mindererträge wirken sich naturgemäß auf die Ernährungswirtschaft der SBZ aus. Alljährlich wiederkehrende und im Jahre 1961 besonders akute Versorgungsschwierigkeiten sowie die nach vielen Versprechungen erst 13 Jahre nach dem Kriege aufgehobene Lebensmittelrationierung (Lebensmittelkarten) beweisen das zur Genüge.

Hinzu kommt die Abhängigkeit der Versorgung von Einfuhren an Nahrungs- und Futtermittel, vorwiegend aus den Staaten des Ostblocks, die ihrerseits häufig mit der Erfüllung der Lieferverträge Schwierigkeiten haben. Ausfuhrverpflichtungen und die Versorgung der sowjetischen Besatzungsmacht erschweren die Ernährungslage zusätzlich. ...

Der wirtschaftliche Rückschritt ist nicht zu trennen vom sozialen, von der Depression des Zukunftserlebens und den vielfältigen seelischen Konflikten, die besonders auf den Menschen in der Landwirtschaft der SBZ lasten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Agrarpreissystem" in der SBZ (x009/13): >>... Das Zusammenwirken von Agrarpreissystem und Ablieferungssystem bildete das Kernstück wirtschaftspolitischer Einflußnahme im Klassenkampf auf dem Lande, die mit der Zwangskollektivierung ihr vorläufiges Ziel erreicht haben dürfte.

Da in Privatbetrieben die Ablieferungsnormen je Hektar mit zunehmender Betriebsgröße progressiv anstiegen, nahm vom Kleinstbetrieb zur Großbauernwirtschaft hin die Möglichkeit, freie Spitzen zu verkaufen und damit hohe Aufkaufpreise zu erzielen, ab.

Das war die Ursache dafür, daß viele Mittel- und Großbauern wirtschaftlich zugrunde gingen, sofern sie es nicht vorzogen, wie die in Abhängigkeit von den Maschinen-Traktoren-Stationen gehaltenen kleineren Einzelbauern, ihre Selbständigkeit mit der Kollektivarbeit in den LPG zu vertauschen oder zu fliehen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ablieferungspflicht" in der SBZ (x009/9): >>Die gesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe, ihre Erzeugnisse nach vorgeschriebenen Arten, Mengen und Terminen an die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe abzuliefern (Ablieferungssoll).

Der Ablieferungspflicht unterliegen alle Arten pflanzlicher und tierischer Produkte einschließlich Neben- und Abfallprodukte (Häute, Felle, Tierhaare, Federn usw.).

... Die Ablieferungsmengen (Normen) werden in der Regel je Flächeneinheit festgesetzt (Hektarveranlagung). Trotz gewisser Differenzierung wird dies weitgehend schematisch durchgeführt.

Durch die besondere Staffelung der Normsätze, die, im Gegensatz zu den normalen Leistungsverhältnissen, im "privaten Sektor" der Landwirtschaft so festgesetzt waren, daß sie bei pflanzlichen und tierischen Produkten mit der Betriebsgröße progressiv anstiegen, wurde zusammen mit Agrarpreissystem ein Steuerungsmittel des Klassenkampfes auf dem Lande ausgebaut - zumal Nichterfüllung der Ablieferungspflicht strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht -, das mit der Kollektivierung sein Ziel erreicht haben dürfte.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Marktproduktion" in der SBZ (x009/271): >>In der Landwirtschaft das Mengenaufkommen landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Erfassung und Aufkauf.

Seit der propagandistischen Herausforderung des volkswirtschaftlichen Leistungswettstreits mit der BRD durch Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958, ist im Parteijargon die "Steigerung der Marktproduktion" zum Schlagwort geworden.

Es charakterisiert die Spekulation des Regimes, mit dem raschen Aufbau des Sozialismus auf dem Lande zugleich dessen "wirtschaftliche Festigung" zu erreichen, um die "Überlegenheit der sozialistischen Großproduktion" über die "kapitalistischen" Produktionsformen nachweisen zu können.

Diesen Beweis ist die Landwirtschaft der SBZ allerdings schuldig geblieben wie der große

Abstand zum Ertragsniveau der BRD zeigt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Zwangskollektivierung" der mitteldeutschen Landwirtschaft (x009/504): >>Im Westen verwendeter Begriff, der den Druck auf die Bauern zum Eintritt in die LPG allgemein, besonders aber die SED-Kampagne "sozialistischer Frühling" bezeichnet, in der im März/April 1960 rd. 250.000 Einzelbauern in LPG zusammengeschlossen wurden, womit nach Ulbricht "in der DDR die Befreiung der Bauern beendet" worden ist.

Das Prinzip der Freiwilligkeit des Eintritts in die LPG wurde durch zahlreiche Erpressungsmethoden im Rahmen einer planmäßigen Agitation gröblich mißbraucht, wogegen die westliche Welt scharfe Proteste eingelegt hat.

Als Motive für die parteiamtlich gelenkte Durchführung der Zwangskollektivierung sind anzusehen: Schaffung vollendeter Tatsachen mit außenpolitischer Zielsetzung; Beseitigung von Widersprüchen im System der kommunistischen Wirtschafts- und Agrarpolitik; Gewinnung von tüchtigen Landwirten und Betriebsmitteln (vor allem Vieh) für die LPG.

Propagandistisch wurden während der größten Zwangskollektivierung durch die These vom Bauernlegen (Einziehung abhängiger Bauernwirtschaften durch die adligen Gutsherren im 15. bis zum 17. Jahrhundert, besonders in England und in Mecklenburg) in Westdeutschland Ablenkungsversuche unternommen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Forstwirtschaft" in der SBZ (x009/137-138): >>Nach Angabe des Statistischen Jahrbuches 1960 der SBZ umfaßt die gesamte Waldfläche 2.955.169 ha.

Auf volkseigene Betriebe entfallen 13.804 ha; sonstige volkseigene und öffentliche Betriebe 1.860.391 ha; LPG Typ I und II 19.516 ha genossenschaftlich genutzte Fläche und 383.722 ha individuell genutzte Fläche; LPG Typ III 447.755 ha genossenschaftlich genutzte Fläche und 437 ha persönlich genutzte Fläche; kirchliche Betriebe sowie deren Einrichtungen in eigener Verwaltung 19.543 ha; private Betriebe 210.001 ha. ...

Der Derbholzeinschlag betrug 1946 bis 1960 173.683.400 Erntefestmeter etwa 11,6 Millionen jährlich und damit das 2- bis 3fache des Zuwachses. Seit 1957 wird versucht, Einschlag und Zuwachs in Einklang zu bringen. Bis zum Ende des Siebenjahrplanes 1965 soll der Einschlag auf 6,2 Millionen Erntefestmeter gesenkt werden. Die mehr als 10 Jahre betriebene Übernutzung hat den Vorrat der über 80jährigen Bestände am stärksten betroffen. Die in den Kriegs- und Nachkriegszeiten entstandenen Großkahlfächen sind aufgeforstet. Dabei sind überwiegend wieder Monokulturen von Kiefer und Fichte entstanden.

Das Bemühen, einen holzartenreichen, standortgemäßen Mischwald aufzubauen, ist an der Forderung der Wirtschaft auf vorrangige Lieferung der benötigten Holzsortimente (Einschlagumlage) und am Mangel eines reichhaltigen Sortimentes von Laub- und Nadelholzpflanzen bisher gescheitert. Zur Schließung der Lücke in der Rohholzversorgung soll der verstärkte Anbau schnell wachsender Holzarten, insbesondere Pappel, beitragen. Sie wird vorzugsweise zur Rekultivierung von Kippen und Halden in den Braunkohle-Bergbaugebieten angebaut. Außerdem wird der Holzimport von Jahr zu Jahr gesteigert. ...

... Mit Wirkung vom 1.1.1952 wurden durch Verordnung vom 14.2.1952 Staatliche Forstwirtschaftsbetriebe zur Bewirtschaftung des Volkswaldes eingerichtet. Die staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe sind der Unterabteilung Forstwirtschaft der Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Bezirks unterstellt, deren Richtlinie ein auf der Basis des Volkswirtschaftsplanes aufgestellter Betriebsplan ist. Sie sind verpflichtet, nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Rechnungsführung in eigener Verantwortung selbständig zu planen, zu wirtschaften und abzurechnen. ...

In der Hand des staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes liegt seitdem neben der Bewirtschaftung des Volkswaldes die Betreuung des LPG-Waldes und die Anleitung und Kontrolle der priva-

ten Waldbesitzer sowie der juristischen Personen, die Waldflächen besitzen. Bei der Abteilung Landwirtschaft der Räte der Kreise sind Beauftragte für Forst- und Jagdwesen eingesetzt. Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist die Einbeziehung des restlichen Privatwaldes in die LPG und Kontrolle der Planerfüllung des Holzeinschlags, der Walderneuerung und Waldpflege in LPG und Privatwald sowie der Abschlußplanerfüllung in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe.

Zur Zeit bestehen 95 staatliche Forstwirtschaftsbetriebe mit einer Durchschnittsgröße von etwa 20.000 ha Volkswald in Eigenbewirtschaftung und zusätzlich bis 10.000 ha Betreuungswaldfläche (LPG und Privatwald).

Die verwaltungsmäßige Gliederung ist nach sachlichen Gesichtspunkten ausgerichtet. Oberförstereien und Revierförstereien sind als örtliche Vollzugsorgane der Betriebsleitung rechtlich unselbständig. Die Revierförster für LPG und Privatwald werden von den staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben angestellt und besoldet, wofür die Betriebe Verwaltungsgebühren von den Eigentümern erheben.

... Der staatliche Forstwirtschaftsbetrieb ist eine juristische Person und Rechtsträger von "Volkseigentum", d.h. aller "volkseigenen" forstwirtschaftlich genutzten Vermögenswerte. "Volkseigentum" wurde der Besitz des ehemaligen Deutschen Reiches und der Länder und der durch Enteignungen während der Bodenreform in den Bodenfonds gefallene, nicht an Neubauern und landarme Bauern aufgeteilte Wald von gemischten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben über 100 ha Größe und derjenige von "Kriegsverbrechern und Nazi-Aktivisten" jeglicher Flächengröße. ...

... Als Vorstufe für die Eingliederung des Bauernwaldes in die LPG wurden auf freiwilliger Grundlage Waldgemeinschaften gebildet ... Sie haben ihre Aufgabe nicht erfüllt und wurden 1959 mit der Sowjetisierung der Landwirtschaft aufgelöst, um die Einbringung des noch individuell bewirtschafteten Waldes in die LPG zu beschleunigen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freiwilligkeit" in der SBZ (x009/140-141): >>Nach dem Parteijargon angeblich Grundlage der meisten staats- und gesellschaftspolitisch relevanten Entscheidungen und Akte der Bevölkerung, insbesondere des Beitritts und der Mitarbeit in politischen Organisationen, des Beitritts zu Genossenschaften u.a. Formen bolschewistischer Wirtschaft, der Beteiligung an jeglichem militärischen und paramilitärischen Dienst, der Mitarbeit an jeglichen Maßnahmen zur Planerfüllung - wie Selbstverpflichtungen. Sozialistische Wettbewerbe usw. -, der Mitarbeit im Nationalen Aufbauwerk u.a. -

Tatsächlich ist jede derartige Mitarbeit weitgehend durch mittelbaren Zwang oder Opportunitätsabwägungen, z.T. auch durch direkten Druck - z.B. während der Zwangskollektivierung vom Frühjahr 1960 - bewirkt worden.

Die bolschewistische Ideologie kann es sich aus der Fiktion der Identität des Parteiwillens mit dem Willen der breiten Massen, insbesondere der "Werk tätigen", nicht leisten, zuzugeben, daß die bolschewistische Partei - zum mindesten in den durch starke abendländische Traditionen hindurchgegangenen Volksdemokratien - weitgehend gegen den Willen der Bevölkerung ihre Maßnahmen trifft. Deshalb das Bestreben der Führungsorgane, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die von der Führung gewünschten Maßnahmen so aufgedrängt werden, daß diese nicht umhin kann, sich für sie zu "entscheiden".

Mit wirklich freier Entscheidung hat das zumeist nicht das mindeste zu tun.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Aufbau des Sozialismus" in der SBZ (x009/42): >>In der bolschewistischen Theorie die Übergangsperiode nach dem revolutionären Sturz des Kapitalismus bis zum vollendeten System des Sozialismus, der dann die Überleitung zum Kommunismus ermöglichen soll.

In der bolschewistischen Praxis nach 1945 in den osteuropäischen Satellitenstaaten und in der

SBZ trat jedoch an Stelle einer undurchführbaren echten, explosiven "Revolution von oben", ... (die) "Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus", ... zunächst als antifaschistisch-demokratische Ordnung bezeichnet.

In ihrer "letzten Etappe" sollte die bürgerliche Revolution schrittweise in eine proletarische Revolution umgewandelt werden. ... Nach dem Zeitplan des ZK soll der Aufbau des Sozialismus mit dem Ende der Siebenjahrplan-Periode (1965) abgeschlossen sein. Der zwischen Januar und April 1960 erfolgten Zerschlagung des bäuerlichen Privateigentums soll bis dahin die Vernichtung der Reste von privatem Handel, Einzelhandwerk und Privatindustrie folgen. ...<<

Westdeutsche Journalisten berichten später über den "Sozialistischen Wettbewerb" in der DDR (x073/271): >>... In den Betrieben wird der individuelle Konkurrenzkampf durch den sozialistischen Wettbewerb der Kollektive ersetzt, die für Erfüllung und Übererfüllung des Plans nach einem komplizierten System durch Prämien belohnt werden, aber auch durch Orden, Ehrentitel, Reisen in die Sowjetunion und Wandzeitungslob für die Besten.

Höchste Ehre bedeutet der Staatstitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit", um den die Mitglieder einer Brigade – zwischen einem Dutzend und 40 Mann ein Jahr lang kämpfen.

Außer der Arbeit muß ein strammes Programm "gesellschaftlicher Aktivitäten" bewältigt werden. Es umfaßt politische und fachliche Schulungen und Lehrgänge, Besuch von Englisch- und Russischkursen, Mitgliedschaft im FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, regelmäßige sportliche Betätigung, Einsatz beim Deutschen Roten Kreuz und in den Betriebskampfgruppen, gemeinsame Theaterbesuche.

Obwohl die Teilnahme an solchen Wettbewerben meist nur unter Druck von Betriebsparteileitung und Gewerkschaft zustande kommt, das Kollektiv spielt im Leben des DDR-Arbeiters eine große Rolle. Man feiert zusammen, man lernt die Ehepartner kennen, lahme Brüder werden ins Kreuz getreten, mitzuziehen, Streitigkeiten und strafwürdige Handlungen geringerer Größenordnung kommen vor die Konfliktkommission.

Das Kollektiv kann Familienersatz sein. Eine Dreherin sagte uns: "Ohne die Brigade hätte ich meine Scheidung nicht durchgestanden."

DDR-Flüchtlinge, die in westdeutschen Betrieben anfangen, vermissen erst den Zusammenhalt am Arbeitsplatz. ...

Von sozialistischem Wettbewerb kündigt eine große Tafel am Eingang zum Maschinensaal einer Fabrik. Hier steht der Name jeder Arbeiterin und jedes Arbeiters fein säuberlich aufgelistet. Dahinter ist dann zu lesen, wie oft der oder diejenige krankgewesen ist. Und zu wieviel Prozent sie oder er den Plan erfüllt hat. Und alle Faulenzer, die weniger als 110 Prozent Planerfüllung aufweisen können, sind in rot gekennzeichnet. ...<<

18.04.1960

DDR: Die evangelische und die katholische Kirche protestieren am 18. April 1960 gegen die willkürliche Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

31.05.1960

BRD: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet am 31. Mai 1960, daß auf Grund von Wirtschaftsstrafverordnungen verhängte DDR-Urteile in der Bundesrepublik nicht vollstreckt werden dürfen, da die Wirtschaftsstrafverordnungen der DDR gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen (x009/487).

02.06.1960

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 2. Juni 1960 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1960 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 38,9 Milliarden DM entfallen 31,7 % auf Sozialleistungen und 26,6 % auf Verteidigungskosten.<<

12.07.1960

DDR: Das SED-Politbüro bestätigt am 12. Juli 1960 die führende Rolle der SED und die Degradierung aller nachgeordneten Organe.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Regierung und Verwaltung" der SED (x009/360-361): >>... (Die) führende Rolle der SED und die Degradierung der Regierung und ihrer nachgeordneten Organe zu reinen Exekutivorganen der Einheitspartei wurden schließlich durch einen Beschluß des Politbüros der SED vom 12. Juli 1960 und seine verbindliche Interpretation der Zeitschrift "Die Einheit" (Heft 8/1960) theoretisch fixiert und vom Ministerrat in seiner Sitzung vom 14. Juli 1960 akzeptiert. ...

Zur weiteren Zentralisierung und Straffung der staatlichen Leitung und Kontrolle wurden gleichzeitig mit dieser Fixierung der Vormachtstellung der Partei gegenüber dem Staatsapparat die Weisungsbefugnisse der einzelnen Ministerien eingeengt.

Nur der Vorsitzende des Ministerrates und der Inhaber des neugeschaffenen Amtes eines "Stellvertreters des Vorsitzenden für Koordinierung und Kontrolle der Beschlüsse von Partei und Regierung" (Willi Stoph) sind noch berechtigt, Weisungen an die Vorsitzenden der Räte in den Bezirken und Kreisen zu geben. ...<<

06.08.1960

BRD: Zehn Jahre nach Veröffentlichung der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" be- kennen sich die deutschen Vertriebenen am 6. August 1960 weiterhin zu den damaligen Grundsätzen (x161/16): >>Vor 10 Jahren, als noch niemand voraussehen konnte, was aus Deutschland und aus uns deutschen Heimatvertriebenen würde, haben wir in unserer Charta - von unseren gewählten Vertretern unterzeichnet und verkündet - vor Gott und der Welt erklärt, was wir erlebten, was wir dachten und was wir erstrebten.

Millionen Menschen mußten zu dieser Zeit noch um die einfachsten und im Leben des einzelnen doch entscheidenden Dinge bangen und kämpfen, um ein Dach über dem Kopf, um Arbeit, um Brot.

Die geistig-moralische Not jener Zeit seit 1945, das soziale und wirtschaftliche Chaos, in das wir, unseres eigenen Willens beraubt, hineingetrieben wurden, ließen uns nicht verzweifeln. Wir wurden nicht zum sozialen Sprengstoff im politischen Spannungsfeld Europas.

Die Prüfungen und das Leid, das wir - wie heute Millionen Menschen anderer Völker - tragen mußten, prägten die festen, unverrückbaren Grundlagen unserer damaligen und gegenwärtigen Haltung. Wir wollen auch jetzt und künftig wie ehemals in die Heimat zurück. Wir sehen keinen Anlaß, unsere Haltung zu ändern, um so mehr als wir glauben, die Pflichten, die wir in der Charta auf uns nahmen, nach bestem Wissen und Gewissen beim Wiederaufbau Deutschlands und Europas erfüllt zu haben.

Wir anerkennen die Leistung des deutschen Volkes im Überwinden der Notstände. Sie stellt aber keineswegs die abgeschlossene Erfüllung der von uns vor 10 Jahren erhobenen sozialwirtschaftlichen Forderungen dar.

Dem in manchem hektischen wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik, den wir zwar als Lebensmöglichkeit der Bevölkerung würdigen, stehen wir kühl gegenüber, weil wir auch dessen Schattenseiten deutlich erkennen.

Die Not unserer Tage wird besonders klar an der noch immer nicht überwundenen Zerreißen Deutschlands, an der Unfreiheit unserer Schwestern und Brüder jenseits des Eisernen Vorhangs ...

Wir bekennen uns daher heute erneut und feierlich zu den vor 10 Jahren in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen aufgestellten Grundsätzen. Um ihrer Verwirklichung willen müssen wir heute fordern:

1. Das durch das internationale Recht und die Satzung der Vereinten Nationen verbürgte Selbstbestimmungsrecht hat für alle Völker zu gelten, also auch für das deutsche Volk. Seine

Verwirklichung darf nicht Interessen anderer Staaten geopfert werden. ...

2. Die Wiedervereinigung aller durch Willkür und Gewalt voneinander getrennten Teile Deutschlands ist trotz aller Hemmungen und trotz aller Widerstände herbeizuführen. ...<<

12.09.1960

DDR: Die Volkskammer beschließt am 12. September 1960 ein Gesetz über die Bildung eines Staatsrates, der die Funktionen des Präsidenten der Republik wahrnehmen soll.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Regierung und Verwaltung" der SBZ (x009/361-363): >>... Da mit der Schaffung eines "Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik" am 12.9.1960 weitere Exekutivbefugnisse in einer außerhalb des herkömmlichen Regierungsapparates errichteten Stelle akkumuliert (angehäuft) wurden, können Regierung und Verwaltung der SBZ nurmehr lediglich als Ausführungsorgane des zentralen Machträgers - des Parteiapparates und der von diesem beherrschten wie durch Personalunion gleichgeschalteten Organe - betrachtet werden. ...

Überdies wird die zentrale staatliche Verwaltung der SBZ in starkem Maße von der sowjetischen Partei- und Staatsführung beeinflusst. So nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin an Sitzungen des Präsidiums des Ministerrates der SBZ teil. Zum anderen unterliegt die Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsverwaltung der SBZ den Weisungen des von der sowjetischen Gosplan-Kommission geleiteten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon).

...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsrat" der DDR (x009/419-420): >>... Nach dem sowjetischen Vorbild wurde am 12.9.1960 das Amt des Präsidenten der Republik durch einen "Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik" ersetzt.

Zugleich wurden die Befugnisse des Staatsrates gegenüber dem Präsidentenamt stark ausgedehnt. Der Staatsrat wird von der Volkskammer auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Er besteht aus dem Vorsitzenden (Ulbricht) 6 Stellvertretern des Vorsitzenden und 16 Mitgliedern. Der Staatsrat ist der Volkskammer formal rechenschaftspflichtig. Er verkündet die Gesetze, verpflichtet die Regierungsmitglieder bei ihrem Amtsantritt, schreibt Wahlen zur Volkskammer aus, ratifiziert und kündigt internationale Verträge, ernennt Botschafter und beruft sie ab

...

Neben diese meist repräsentativen Aufgaben treten Funktionen, die von den klassischen verfassungsrechtlichen Befugnissen eines Staatsoberhauptes bzw. obersten Staatsrepräsentation stark abweichen. So gibt der Staatsrat "allgemein verbindliche Auslegungen der Gesetze", kann er selbständig "Beschlüsse mit Gesetzeskraft" erlassen, grundsätzliche Beschlüsse zu "Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Landes" fassen, "grundsätzliche Anordnungen des nationalen Verteidigungsrates" bestätigen und die Mitglieder des Verteidigungsrates berufen.

In der Verfassung tritt der Staatsrat damit in eine Funktionskonkurrenz mit den legislativen und exekutiven Organen der SBZ.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Verfassung" der DDR (x009/455-456): >>Durch verfassungsänderndes Gesetz vom 12.9.1960 änderte die Volkskammer das Amt des "Präsidenten der Republik", das durch den Tod von Pieck neu zu besetzen gewesen wäre.

Der Staatsrat wurde geschaffen, dem unter dem Vorsitz von Ulbricht 24 Funktionäre angehörten. Mit dieser Maßnahme wurde die ohnehin ihres Inhalts längst entleerte Verfassung den Verhältnissen in der Sowjetunion und den übrigen Volksdemokratien auch formal noch mehr angeglichen. ...

Entscheidend für die Wertung der Verfassung und ihre Achtung bzw. Mißachtung durch das Regime der SED ist die Staatslehre des Marxismus-Leninismus. Danach hat das Staatsrecht

wie alles Recht keine absolute, sondern nur relative Gültigkeit. Es entwickelt sich mit den sozial-ökonomischen Verhältnissen. So wird die Verfassung, obwohl bisher nur in wenigen Teilen ergänzt oder geändert, je nach der Entwicklung der Verhältnisse der "Basis" immer neu interpretiert, mithin nur als Durchgangsstadium angesehen.

Da die Wandlung des Staates von einer zunächst noch parlamentarisch bestimmten Mehrparteien-Ordnung über die antifaschistisch-demokratische Ordnung zur Volksdemokratie kein einmaliger revolutionärer Akt, sondern ein andauernder Prozeß ist, wird auch die Gültigkeit der Verfassung jeweils neu ausgelegt. So enthält die Verfassung auch keine Unabänderlichkeitsgarantie wie etwa das Grundgesetz der BRD, in dem eine Gruppe von Artikeln von einer Änderung selbst durch eine qualifizierte Mehrheit ausgenommen ist. ...

Die Handhabung der Verfassung in der Praxis wie ihre theoretische Grundlegung im Marxismus-Leninismus, den ihr das SED-Regime unterstellt, erweisen den dynamischen, auf Wandlung oder "Revolution" abgestellten Charakter der Verfassung. Sie wird damit nicht ein großes Rahmengesetz, dessen Sinn und Zweck das Erhalten und Schützen unwandelbarer Rechtsnormen sowie eine letzte Verlässlichkeit für Bürger, Regierung und Parlament ist.

Eine solche politische Zweckaufgabe einer Verfassung aber entleert sie im rechtsstaatlichen Sinne ihres Gehaltes und pervertiert sie zu einer Theorie des permanenten Staatsstreiches.<< Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage berichtet später über das "Wirtschaftssystem" in der SBZ (x009/488-492): >>Das Wirtschaftssystem der SBZ bildet keine in sich geschlossene Einheit, sondern stellt vielmehr einen Teil des gesamten Wirtschaftsgefüges des Ostblocks dar.

Teils der die UdSSR und sämtliche europäischen Volksdemokratien umfassende Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, praktisch aber nach wie vor weitgehend die sowjetische Planungszentrale, legen in den aufeinander abgestimmten Mehrjahrplänen aller Volksdemokratien die Schwerpunkte der einzelnen Länderwirtschaften fest (GOS-PLAN).

Die obersten Wirtschaftsfunktionäre der Zone, insbesondere die leitenden Funktionäre der Staatlichen Plankommission, werden regelmäßig zu Beratungen und zur Berichterstattung nach Moskau beordert.

Im Gesamtgefüge der Ostblockwirtschaft kommen der SBZ ganz bestimmte Funktionen zu. Schwerpunkte der Produktion sind insbesondere die chemische Industrie (einschl. der Kunststoffproduktion), Werkzeugmaschinenbau, Feinmechanik und Optik sowie der Bau elektrischer Geräte, da hier auf die Traditionen mitteldeutscher Qualitätsarbeit zurückgegriffen werden kann, denen die übrigen Ostblockstaaten, z.T. mit Ausnahme der Tschechoslowakei und der Sowjetunion selbst, nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen vermögen. ...

Die SBZ hat einen erheblichen Mangel an Steinkohle, Eisen und Legierungsmetallen; ebenso fehlt es an wesentlichen Ausgangsstoffen (Phosphor, Bauxit u.a.) für die an sich sehr leistungsfähige Schwerchemie, an Holz, an Baumaterialien usw. ... Eine weitere Schwächung widerfuhr der SBZ-Industrie in den ersten 10 Nachkriegsjahren durch die von der Sowjetunion auferlegten Demontagen, Reparationen und sonstigen erzwungenen Lieferungen. ...

Rund die Hälfte des Staatshaushalts geht unter den Gesichtspunkten des Vorrangs der politischen Motive für unrentable Ausgaben weg; für die Herrschaft der bolschewistischen Minderheitenparteien (NVA, Staatssicherheit u.ä.), zur Subventionierung des Außenhandels, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, zur Stützung an sich unrentabler Produktionen der Volkseigenen Industrie und nicht zuletzt zur Stützung des "volkseigenen" Sektors der Landwirtschaft, sowie für Zwecke der Agitation und Propaganda. ...

Die mit der Abschaffung der Reste der kriegswirtschaftlichen Rationierung (Mai 1958) gekoppelten Sozialmaßnahmen sind unzulänglich; unsystematisch vorgenommene beträchtliche Lohn- und Rentenerhöhungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen bringen die Gefahr eines Kaufkraftüberhangs mit sich, der allein im Jahr 1960 auf 1,2 Milliarden Deutsche Mark Ost

anstieg.

Vor allem die unter den Gesichtspunkten der Vorratswirtschaft, der Massenpsychologie und der Technologie gleich verfehlte Kollektivierung der Bauern im Frühjahr 1960 hat sich verheerend ausgewirkt. Massenflucht, Passivität der Landfrauen und Altbauern sowie die Verstärkung des ohnehin drückenden Arbeitskräftemangels und mehrfache zwangsläufige Umplanungen von Industrie, Außenhandel und landwirtschaftlicher Produktion verhinderten die Planerfüllung (über 3 % weniger als geplant). Auch für 1961 hat das Tempo der Produktionssteigerung (um weitere rd. 2,5 %) gedrosselt werden müssen.

Die ökonomische Hauptaufgabe, die das ZK auf sowjetisches Geheiß gestellt hatte, nämlich bis Ende 1961 den westdeutschen Pro-Kopf-Verbrauch zu erreichen, die ohnehin angesichts der politisch - statt ökonomisch - motivierten Agrarpolitik, der Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie und trotz aller Korrekturen mit zahlreichen Mängeln behafteten Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsexekutive illusorisch erscheinen mußte, ist auf Grund dieser Krise bis 1965 zurückgestellt worden.

... Um der Bürokratisierung und dem mangelnden Interesse der Arbeitskräfte an ihrer Tätigkeit entgegenzuwirken und eine Art Äquivalent für den natürlichen Konkurrenzkampf der Betriebe in Ländern mit Privatwirtschaft zu schaffen, ist eine künstliche Atmosphäre von sozialistischen Wettbewerben, ein System von Anreizen, die Einführung kollektiver Arbeitsformen, ... aber auch ein rigoroses System von Androhungen und Abschreckungen entwickelt worden. Betriebsparteiorganisation der SED und Betriebsgewerkschaftsleitung fungieren als zur "Wachsamkeit" verpflichtete verlängerte Arme der Staatsmacht, um alle Mittel zu maximaler Produktionsanstrengung auszunutzen. ...

Die ökonomisch absolut törichte, allein von Ulbricht persönlich zu verantwortende Agrarkollektivierungskampagne hat vorerst alle gesunden Reorganisationsansätze, für die sich vor allem die staatlichen Plankommissionen einsetzte, in Frage gestellt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Bürokratismus" in der SBZ (x009/84-85): >>Im Parteijargon der Arbeitsstil der Verwaltung und Wirtschaftsführung sofern diese weitestgehend "administrative" Mittel anwenden, Vorschriften formell auslegen, ohne den gemeinten Sinn und die gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen, in übertriebenem Maß Kompetenzgesichtspunkte zur Geltung bringen, Entscheidungen und, wo nötig, unmittelbare Eingriffe in die Praxis aber scheuen. Gegensatz: Operativer Arbeitsstil.

Der Bürokratismus wird seit 1951 scharf bekämpft, scheint aber nicht zu überwinden zu sein, da eine so umfassende Reglementierung, wie sie das bolschewistische System der Planwirtschaft darstellt, auf Maßnahmen des Bürokratismus angewiesen ist und die Bereiche von Ermessen und persönlicher Verantwortung sehr einschränken muß, da das System selbst keine Pluralität des politischen Willens gelten lassen kann. Jedes eigenmächtige, selbst noch so sachgemäße Verhalten einzelner Funktionäre birgt demzufolge erhebliche Risiken in sich.

Auf der anderen Seite sind der sog. "Ressortgeist" (einseitige Blickrichtung auf das Spezialgebiet des Funktionärs oder der Abteilung) und "Lokalegoismus" (einseitige Betonung lokaler Interessen) fachlicher bzw. örtlicher Organe nicht auszurotten, die bis auf weiteres Nebenerscheinungen dieses zugleich abgelehnten und benötigten Stils sind.

Es ist zu beachten, daß der Begriff Bürokratismus im Unterschied zu der im Westen aktuellen Diskussion über die Bürokratisierung damit nicht meint, daß die Verwaltung echte Herrschaftsfunktion übernimmt. Davon kann in der SBZ und den übrigen Ländern des Ostblocks nicht die Rede sein, da die Herrschaft hier eine Domäne der bolschewistischen Partei ist.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatshaushalt" der SBZ (x009/419): >>Die Haushaltswirtschaft der SBZ wurde nach 1945 zunächst durch Befehle der SMAD und des Kontrollrats geregelt.

... Der Staatshaushaltsplan ist der "Finanzplan des Staates". Die Grundlage der Staatshaushalts-

haltspläne sind die Volkswirtschaftspläne. Durch den Staatshaushalt erfolgt die Finanzierung der im Volkswirtschaftsplan festgelegten Aufgaben sowie die Kontrolle der Planverwirklichung.

Einnahmen des Staatshaushalts sind das sogenannte "Reineinkommen des Staates", Steuern und sonstige Einnahmen sowie Beiträge zur Sozialversicherung. Die Einnahmen der örtlichen Haushalte sind zum Teil eigene Steuereinnahmen und Anteile an den Einnahmen übergeordneter Gebietskörperschaften.

Die Hauptaufgabe des Staatshaushalts ist - durch eine entsprechende Einnahmen- und Ausgabenpolitik - die Umverteilung des Sozialproduktes mit dem Ziel, die politische Macht der SED zu festigen und die Volkswirtschaft ihren Vorstellungen entsprechend auf- und auszubauen. ... Der Staatshaushaltsplan ist nach Verabschiedung durch die Volkskammer Gesetz. Die Kassenführung des Staatshaushalts obliegt der Deutschen Notenbank.

Die Haushalte der SBZ sind Geheimsache. Sie erlauben keinen detaillierten Einblick in die Struktur der Einnahmen und Ausgaben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die staatliche "Plankommission" in der SBZ (x009/328): >>Oberste, dem Ministerrat unterstellte, Planungsinstanz.

Ihre Verordnungen, Anordnungen und Weisungen haben Gesetzeskraft und sind verbindlich für alle Instanzen einschließlich der Betriebe. Vorläufer der jetzigen staatlichen Plankommission waren die "Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung" der DWK (1948-1949) und das Ministerium für Planung (1949-50).

Die Staatliche Plankommission arbeitet nach den Weisungen des ZK der SED und unbeeinflusst von nachgeordneten Regierungs- oder Verwaltungsstellen. Sie steht außerhalb jeder Kritik durch sowjetzonale Stellen. Arbeitsweise und Arbeitsunterlagen werden durch ein Geheimhaltungssystem geschützt.

Die Pläne der Staatlichen Plankommission werden vor der Veröffentlichung mit der Sowjetunion abgestimmt. Damit sichert sich die Sowjetunion den entscheidenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der SBZ (Gosplan). ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Planung" in der SBZ (x009/329): >>Die in der SBZ im Laufe der Jahre entwickelte totale Planung umfaßt sämtliche Wirtschaftsbereiche; sie bezieht auch die genossenschaftlichen Unternehmen und die Reste von Privatwirtschaft mit ein.

Man unterscheidet Perspektivpläne und Jahrespläne. Die Wirtschaftspläne werden über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit den Sowjetblockstaaten abgestimmt.

In der SBZ werden die Wirtschaftspläne nach den Weisungen des ZK der SED in der staatlichen Plankommission entworfen. Die Weisungen des ZK betreffen das Entwicklungstempo der Industrie und der übrigen Wirtschaftszweige, das Verhältnis der Produktionsgütererzeugung zur Konsumgüterherstellung, das Verhältnis zwischen Investitionen und Verbrauch, die Bildung der Staatsreserven, die Bestimmung industrieller Schwerpunkte usw.

Nach diesen staatlichen Weisungen arbeitet die staatliche Plankommission Direktiven aus, die sog. Kontrollziffern über die wichtigsten Planziele der Planungsperiode enthalten. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatlichen Kontore" in der SBZ (x009/415): >>Die Staatlichen Kontore unterhalten in den Bezirken und Kreisen Niederlassungen, die die Warenbewegung steuern. Die staatlichen Kontore sind in ihrem Fachbereich bei der Aufstellung zentraler Materialbilanzen für die staatliche Plankommission beteiligt. Sie sind dieser direkt unterstellt.

Aufgaben der staatlichen Kontore sind: Absatz der Erzeugnisse und Versorgung der Bedarfsträger; Aufstellung von Lieferplänen; Veranlassung von notwendigen Importen, Einrichtung von Vorratslagern und Überwachung der Bestände.

Leiter eines staatlichen Kontors ist ein Hauptdirektor. Jedem staatlichen Kontor ist ein "Beirat" aus bis zu 15 Mitgliedern beigegeben, bestehend aus Vertretern der staatlichen Plankommission, wichtiger Liefer- und Verbraucherbetriebe, der Außenhandelsorgane und der betreffenden Industriegewerkschaft. –

Die staatlichen Kontore sollen durch Verkürzung der Instanzenwege die Materialversorgung der Industrie verbessern.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Materialversorgung" in der SBZ (x009/280): >>Bezeichnung für die Versorgung der Industrie mit Roh- und Hilfsstoffen, Halbfertig- und Fertigmateriale. ...

Die VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) und die Räte der Bezirke müssen entsprechend den ihnen erteilten Produktionsauflagen für die ihnen unterstellten Betriebe zusammengefaßte Materialanforderungen bei den staatlichen Kontoren einreichen, die ihrerseits die geprüften und bestätigten Anforderungen an die "Abteilung Bilanzierung und Verteilung der Grundmittel" weitergeben.

Das Material wird nach Dringlichkeitsstufen an die anfordernden Stellen in Form von Kontingenten verteilt. Während im ersten Fünfjahrplan noch über 20.000 Positionen der Materialplanung unterlagen, beschränkt sie sich jetzt auf etwa 1.700 Schlüsselpositionen; doch werden einige tausend Positionen nur "nach Lieferplan" abgegeben, sind also praktisch ebenfalls noch kontingentiert.

Die SBZ ist ein an industriellen Rohstoffen armes Gebiet: Kohle, Stahl und zahlreiche NE-Metalle sowie viele Spezialerzeugnisse müssen eingeführt werden.

Das Verbot und Haltung ausreichender Lagerbestände in den Betrieben sind Anlaß fortwährender Stockungen im Produktionsablauf. Obwohl mengenmäßig vielfach Überplanbestände vorhanden sind, fehlen ständig bestimmte Sorten und Abmessungen an Material.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Materialverbrauchsnormen" in der SBZ (x009/280): >>Normen, die den Materialverbrauch in der "volkseigenen" Industrie begrenzen sollen.

1960 soll es in der Volkseigenen Industrie rund 30.000 Materialverbrauchsnormen gegeben haben. Davon waren nur ein kleiner Teil wirklich technisch begründete Materialverbrauchsnormen, da die noch immer stockende Materialversorgung eine zügige Produktion nicht zuläßt, so daß Materialverbrauchsnormen nicht einwandfrei ermittelt oder - sofern ermittelt - nicht eingehalten werden können. Materialverbrauchsnormen sind auch die Grundlage für Materialvorratsnormen, die für die Betriebe in der Regel viel zu niedrig angesetzt werden.

Zur Begründung wird erklärt, daß überhöhte Bevorratung sich schädlich auf das Wachstumstempo der Volkswirtschaft auswirke. Tatsächlich aber sind die unzureichenden Vorräte an Produktionsmaterial die Ursache häufiger Stockungen im Produktionsablauf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Überplanbestände" in der SBZ (x009/446): >>Materialvorräte und Vorräte nicht abgesetzter Erzeugnisse in Produktions- und Handelsbetrieben.

Die stockenden Anlieferungen zwingen die weiterverarbeitenden Betriebe ständig zu Aushilfen (Verwendung von ungeeignetem, aber verfügbarem Material usw.); wenn dann nach einiger Zeit das ursprünglich bestellte Material vom Lieferwerk eintrifft, wird es nicht mehr benötigt.

Auch die häufigen Änderungen der Produktionspläne führen zu erheblichen Überplanbeständen. In Handelsbetrieben stauen sich Überplanbestände als Folge nicht bedarfsgerechter oder minderwertiger Produktion. Allein bei Textilien und Trikotagen wurden im April 1959 durch eine amtliche Stelle die Überplanbestände mit etwa 78 Millionen DM Ost beziffert.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Qualität der Erzeugnisse" in der SBZ (x009/345): >>Die Qualität der Erzeugnisse in der SBZ entspricht häu-

fig nicht dem Weltniveau wegen des ungeeigneten oder minderwertigen Materials und der technischen Rückständigkeit der Fertigungseinrichtungen.

Auch das Fehlen einer marktwirtschaftlichen Konkurrenz führt dazu, daß viele Erzeugnisse in veralteter Ausführung die Herstellungsbetriebe verlassen.

Selbst in amtlichen Verlautbarungen spricht man von einer "Vernachlässigung der eigenen wissenschaftlich-technischen Arbeit in den vergangenen Jahren und ungenügenden Berücksichtigung des internationalen Standes".

Zur Steigerung der Exportfähigkeit versucht daher das Regime, durch gesetzliche Maßnahmen die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern. Zum Beispiel darf hochwertiges Mangelmaterial nur für Exportzwecke verwendet werden. Die Betriebsbelegschaften werden zu Qualitätswettbewerben untereinander angehalten; die Arbeitsbrigaden sollen um den Titel "Brigade der besten Qualität" wetteifern. –

In den Betrieben gibt es weitgehend ausgebaute "Technische Kontrollorgane", für alle Erzeugnisse besteht eine gesetzliche Vorlagepflicht bei dem "Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung", das die Erzeugnisse durch Gütezeichen in 3 Güteklassen einteilt.

Nach amtlichen Angaben sollen 1959 im Maschinenbau nur 9 % der Erzeugnisse das Gütezeichen für Spitzenerzeugnisse mit Weltmarktniveau erhalten haben. Etwa 75 % der Maschinenbauerzeugnisse trugen das Gütezeichen 1, entsprachen also nach amtlicher Einschätzung nicht dem Weltniveau. Die Gütezeichen sollen die Herstellbetriebe zur Steigerung der Qualität anregen.

Auch durch die Koppelung der neuen Lohnbemessungsgrundlagen mit Qualitätsmerkmalen versucht neuerdings das Regime, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern, obwohl bekannt ist, daß vor allem der Einsatz ungeeigneten oder minderwertigen Materials und die technischen Mängel der Fertigungseinrichtungen die Ursache für die geringe Qualität der Erzeugnisse sind.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rationalisierung" in der SBZ (x009/348): >>Der Begriff Rationalisierung wird in der SBZ als "kapitalistisch" gemieden.

Die SED-Propaganda spricht bevorzugt von "technischem Fortschritt", "Neuer Technik", "Sozialistischer Rekonstruktion" usw.

Bereits seit vielen Jahren werden umfassende Erneuerungen und Verbesserungen der Produktionseinrichtungen in Industrie und Landwirtschaft angekündigt, die zentralen Leistungsinstanzen waren jedoch nicht in der Lage, in ausreichendem Maße die dazu erforderlichen Finanzmittel und das benötigte Material bereitzustellen.

Nach offiziellen Verlautbarungen ist die technische Ausstattung der Industriebetriebe, insbesondere des Maschinenbausektors, völlig veraltet. Zwar werden in großem Umfang auch wieder Maschinen produziert, aber der größte Teil - besonders Werkzeugmaschinen - wird exportiert, da das Regime anders nicht in der Lage ist, Rohstoffe und sonstiges Material zu importieren.

Die SED versucht, mit immerwährendem Druck auf die Betriebsleitungen und auf die Arbeiter durch Intensivierung der Arbeitsleistungen die zu einer umfassenden Rationalisierung der Industrie und der Landwirtschaft fehlenden Finanzmittel zu ersetzen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rentabilität" (x009/365): >>Der Begriff "rentabel" wird in dreifacher Weise gedeutet.

Ein Betrieb ist dann rentabel, wenn er

1. den Plan in allen seinen Teilen einhält, auch wenn ein Planverlust eingetreten ist,
2. den Plan in allen seinen Teilen einhält und den Plangewinn erreicht;
3. unabhängig von den anderen Planteilen einen Gewinn erwirtschaftet.

Die allgemein vorherrschende Meinung richtet sich nach der 3. Deutung.

... Unter Rentabilität versteht man die planmäßige Rentabilität (also Erreichung des PlangeWINNES durch Einhaltung der planmäßigen Brutto- und Warenproduktion, des planmäßigen Sortiments u.a.).<<

17.09.1960

Ost-Berlin: Am 17. September 1960 wird dem Päpstlichen Nuntius für Deutschland, Erzbischof Dr. Bafile, das Betreten des Sowjetsektors von Berlin verwehrt (x009/216): >>... Da gegenwärtig noch keine Vereinbarungen zwischen dem Vatikan und der Regierung der DDR bestehen, ist es nicht möglich, daß ausgerechnet ein Vertreter des Vatikans bei der Bonner Kriegsregierung in der Hauptstadt der DDR auftritt ("Neues Deutschland" ...).<<

26.09.1960

DDR: Walter Ulbricht beteuert am 26. September 1960, daß die DDR "die Sicherung des Friedens und die Abrüstung" will.

Ulbricht behauptet in dieser Erklärung zur Außenpolitik (x009/52): >>... Es stehen sich ... gegenüber die friedliebende DDR und die Friedenskräfte in Westdeutschland auf der einen Seite und die Revanchisten und Militaristen mit ihrer Bundesregierung in Westdeutschland auf der anderen Seite.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Walter Ulbricht (x051/591): >>Ulbricht, Walter, geboren in Leipzig 30.6.1893, gestorben in Berlin 1.8. 1973, deutscher Politiker; Möbeltischler, 1912 SPD-Beitritt, 1919 zur KPD, 1920 hauptamtlicher Parteifunktionär, 1928-33 MdR.

Ulbricht, der sich flexibel den jeweils herrschenden Strömungen in der Partei anzupassen verstand, war 1929-33 Leiter des KPD-Bezirks Berlin-Brandenburg und damit direkter Gegenspieler des Berliner Gauleiters der NSDAP Goebbels, mit dem er trotz zahlreicher Straßenschlachten beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik (November 32) gemeinsame Sache machte. Das bewahrte ihn 1933 natürlich nicht vor Verfolgung und zwang ihn zur Emigration zunächst nach Frankreich und 1937 in die Sowjetunion.

Im Krieg agitierte Ulbricht in Gefangenenlagern gegen Hitler, war beteiligt am Aufbau des Nationalkomitees "Freies Deutschland" und kehrte am 30.4.45 an der Spitze der Gruppe Ulbricht nach Berlin zurück, um die Verwaltung und politische Ausrichtung der sowjetischen Besatzungszone zu organisieren. Ulbricht leitete die Fusion von SPD und KPD zur SED ein, die er 1950-71 führte, und war zwei Jahrzehnte lang mächtigster und unbeliebtester Mann der neu gebildeten DDR.

Er überstand den Volksaufstand des 17. Juni 53 ebenso wie die Entstalinisierung und erreichte mit dem Mauerbau in Berlin am 13.8.61 ein Ende der Massenabwanderung in den Westen. Die so stabilisierte DDR koppelte er dabei von der deutschen Geschichte ab, indem er die "kapitalistische" Bundesrepublik zum Alleinerben der nationalsozialistischen Schuld ernannte, ihren politischen Alleinvertretungsanspruch gleichwohl vehement bestritt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" des SED-Regimes (x009/52): >>Seit der Sprengung der Pariser "Gipfelkonferenz" (Mai 1960) durch die Sowjetunion agiert das Regime der SBZ noch heftiger für atomare und nicht atomare Abrüstung und bezeichnet die Bundesrepublik als einzigen Störenfried.

Ferner erstrebt die SED nicht nur eine Koexistenz im Sinne der Sowjetunion und eine Konföderation zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Sie tritt auch immer wieder (gemäß Vorschlag der Sowjetunion vom 10.1.1959) für einen Friedensvertrag ein, der die Bundesrepublik (ohne vorherige geheime gesamtdeutsche Wahlen) von westlichen Truppen entblößen, aus der NATO lösen und ihr rasch das Schicksal der SBZ bereiten würde. Ein solcher Vertrag soll auch den Westteil Berlins zur "Freien Stadt" machen, als ersten Schritt zur Einverleibung in die SBZ.

Um den Ostblock zu stärken und ihre eigene Stellung zu festigen, versucht die SBZ, vor allem

in Afrika und Vorderasien, Hilfe für Entwicklungsländer zu geben. Diese Versuche sollen der Außenpolitik und dem Außenhandel dienen. Ihre Wirksamkeit in Übersee ergänzt sie durch die propagandistische Behauptung, die Bundesrepublik entfalte einen Neukolonialismus, der durch seine Tarnung doppelt gefährlich sei.

Die eigene Bindung an den sowjetischen Machtblock versucht die SBZ zu vertuschen durch scharfe Angriffe auf den begonnenen Zusammenschluß der Staaten Westeuropas. Sie bezeichnet diesen Zusammenschluß als gefährliche Machenschaft des nordamerikanischen Imperialismus und Kolonialismus, verdächtigt aber auch die gemeinsamen europäischen Einrichtungen und die europäischen Teile der NATO als getarnte Werkzeuge eines bundesrepublikanischen Großmacht- und Blockstrebens in Europa wie in Afrika.

Mit dieser Diffamierungskampagne soll die Bundesrepublik Deutschland bei ihren Verbündeten wie bei Ländern der nichtkommunistischen Welt verleumdet und isoliert werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Außenhandel" der SBZ (x009/46-48): >>Der Außenhandel kam bereits Ende 1946 wieder in Gang. Die SMAD behielt sich die vollständige Kontrolle vor. ...

Die Außenhandelsumsätze nahmen seit 1947 beträchtlich zu. Seit 1949 ist der Außenhandel der SBZ in die Wirtschaftsplanung der Sowjetblockländer einbezogen. Die vorher in den westlichen Ländern abgeschlossenen Handelsabkommen liefen ab, da sie von den westlichen Ländern nicht erneuert wurden.

Ziel der Wirtschaftsplanung der SBZ und der Sowjetblockstaaten (Rat für gegenseitige Hilfe) war die Errichtung einer weitgehenden wirtschaftlichen Autarkie des Sowjetblocks, die das Außenhandelsvolumen strukturell bedingt. Entsprechend dem Wirtschaftssystem besteht in der SBZ ein staatliches Außenhandelsmonopol, das nachträglich gesetzlich fixiert wurde (Gesetz vom 9.1.1958).

Für die Durchführung des Außenhandels sind Außenhandelsunternehmen verantwortlich. Zum Import von Vorbehaltsgütern aus dem westlichen Ausland werden staatliche Tarnfirmen eingesetzt. Das Außenhandelsmonopol schließt privaten Außenhandel aus. ...

...Zur Förderung des Außenhandels unterhält die SBZ in den meisten Partnerländern Handelsvertretungen. Handelsinteressen sind meist mit dem politischen Motiv gekoppelt, den Status von konsularischen Vertretungen zu erlangen. In den sozialistischen Ländern sind die Handelsvertretungen Teil der diplomatischen Vertretungen. ...

Abgesehen von Kalisalz und Braunkohle verfügt die SBZ nur über geringe Rohstoffvorkommen. Als hochindustrialisiertes Verarbeitungsland ist sie deshalb sehr importabhängig. Als zweitgrößter Maschinenlieferant innerhalb des Sowjetblocks hat die SBZ besondere Bedeutung für die Wirtschaft der Sowjetunion. ...

Die offiziell bekanntgegebenen Zahlen vermitteln kein vollständiges Bild der Außenhandelsleistungen der SBZ, da ein großer Teil als gegenwertlose Reparationsleistungen von der Sowjetunion abgezogen wurde und nicht in der Außenhandelsstatistik erscheint. Auch die Aufkäufe der Sowjetischen Handelsgesellschaften erschienen nicht als Außenhandelsumsätze. Ferner erschienen in den Statistiken nicht die sog. Befehlsexporte, die außerhalb der Exportpläne im sowjetischen Interesse durchgeführt wurden und 1951 z.B. mindestens 100-120 Millionen Deutsche Mark Ost ausmachten.

Die unterschiedlichen Binnen- und Außenhandelspreise in der SBZ erfordern staatliche Subventionen im Außenhandel, die als Preisausgleich zu Lasten des Staatshaushalts gehen. ...

Die Preisgestaltung im Außenhandel mit den Ländern des Sowjetblocks erfolgte bis zum Jahre 1955 unabhängig von Weltmarktpreisen. Bei Abschluß langfristiger Handelsabkommen wurden Preisbasen für die wichtigsten Import- und Exportgüter vereinbart, die für die Dauer des Abkommens galten und bei bestimmten Gütern weit unter Weltmarktpreisen, zum Teil sogar unter den Selbstkosten lagen.

Hauptnutznießer war die Sowjetunion, die so Industrieausrüstungen, Maschinen u.a. außerordentlich billig einkaufen konnte. Polen gab den Anstoß, daß ab 1956/57 Weltmarktpreise als Außenhandelspreisbildung innerhalb des Sowjetblocks herangezogen werden.

Die Außenhandelsplanung der SBZ geht wie in allen Sowjetblockstaaten stets vom Importbedarf aus. Exporte erfolgen mit dem Ziel, für die geplanten Importe die erforderlichen Devisen hereinzubekommen. Häufig werden deshalb unrentable Exporte in Kauf genommen, die die Verlustwirtschaft des Außenhandels noch vergrößern.

Die Entwicklung einer neuen politischen Linie gegenüber den Entwicklungsländern brachte auch der SBZ die Auflage, den Schwerpunkt auf ihre Außenhandelstätigkeit mit diesen Ländern zu verlagern, um einen überwiegenden Marktanteil bzw. eine marktbeeinflussende Position zu gewinnen und durch Ausweitung des Importvolumens an den landesüblichen Rohstoffen den Handel der westlichen Länder zu beeinträchtigen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Hilfe für "Entwicklungsländer" (x009/111-112): >>In der Außenhandelspolitik gegenüber den Entwicklungsländern verknüpft der Sowjetblock nach marxistisch-leninistischem Prinzip wirtschaftliche Beziehungen eng mit politischen Aufgaben.

Die Hilfe für Entwicklungsländer der SBZ erstreckt sich auf Länder des afro-asiatischen Raumes und neuerdings verstärkt auf Brasilien, Argentinien, Uruguay, Kolumbien und besonders Kuba. Es handelt sich im wesentlichen um Staaten, die dem Sowjetsystem Wege wirtschaftlicher Notlagen für seine politischen Absichten besonders anfällig erscheinen.

Die Hilfe für Entwicklungsländer soll dem industriellen Aufbau der Länder durch Industrieanlagen und Einrichtungen zur eigenen Verarbeitung der Rohstoffe dienen im Austausch gegen die landesüblichen Rohstoffe und Produkte. Schwerpunkt der Hilfe für Entwicklungsländer sieht das Zonenregime in der Intensivierung des Handels mit diesen Ländern, um sich eine Vormachtstellung gegenüber dem freien Westen zu schaffen und Importe über europäische Zwischenhändler künftig auszuschalten. ...

... Die in den Ländern errichteten Handelsvertretungen mit "konsularischem Charakter" dienen auch der Sicherung politischer Verbindungen. Neben der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird eine sog. "Ausbildungshilfe" für fachliche Nachwuchskräfte gewährt, die in der SBZ zusätzlich gründlicher Schulung unterzogen werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die staatlichen "Tarnfirmen" in der SBZ (x009/435): >>Seit 1949 in der SBZ errichtete Handelsfirmen, die äußerlich als Privatunternehmen, tatsächlich aber für den staatlich gelenkten legalen und illegalen Außenhandel tätig sind. Die Namen der staatlichen Tarnfirmen haben gewechselt, aber die Aufgaben sind geblieben. Die wichtigste staatliche Tarnfirma ist zur Zeit die 1958 gegründete "Utimex-Außenhandelsvertretungen GmbH", die der Kammer für Außenhandel direkt untersteht und mit Vertrauensleuten der SED besetzt ist.

Die Utimex soll zugleich durch Ausschaltung der Firmenvertreter besonders der Bundesrepublik auf dem Umweg über Provisionen den Devisenbestand der SBZ aufbessern. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gesamtdeutsche Arbeit" in der SBZ (x009/152-153): >>Unter der Gesamtdeutschen Arbeit wird vor allem die propagandistische Tätigkeit im Sinne der jeweiligen Deutschlandkonzeption der KPdSU- und SED-Führung verstanden (Wiedervereinigung).

Die Verantwortung für die Gesamtdeutsche Arbeit liegt hauptsächlich bei der zentralen Kommission für Gesamtdeutsche Arbeit beim ZK der SED. ... Eine wichtige Rolle spielen außerdem das Büro für nationale Gewerkschaftseinheit beim Bundesvorstand des FDGB, der Ausschuß für deutsche Einheit und der Nationalrat der Nationalen Front.

Im Zusammenhang mit der Zwei-Staaten-Theorie wurde 1960 ein Teil der Verantwortung für die Gesamtdeutsche Arbeit der Parteiführung der KPD in der SBZ übertragen. Nach wie vor

werden alle wichtigen Arbeitsdirektiven durch das Politbüro und das Sekretariat des ZK der SED erteilt.

Im Mittelpunkt steht das Werben um die westdeutsche Arbeiterschaft, insbesondere um Mitglieder des DGB und der SPD, unter der Parole "Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse". ... Außerdem bemühen sich die SED und die ihr unterstellten Organisationen und Institutionen um Zusammenarbeit mit ehemaligen Offizieren, NSDAP-Mitgliedern, Unternehmern, Intellektuellen und anderen Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik.

Wichtigste Arbeitsmethoden: Entsendung von illegal reisenden Instruktoren in die Bundesrepublik zur Unterstützung und Kontrolle der in den Tarnorganisationen und dem illegalen KPD-Apparat tätigen Funktionären sowie zur Überbringung finanzieller Zuschüsse; Entsendung von politisch zuverlässigen und besonders überprüften Delegationen, die insbesondere in Betrieben, Hochschulen, in den Gewerkschaften, öffentlichen Ämtern sowie mit gewählten Volksvertretern und mit Kommunalpolitikern in der Bundesrepublik diskutieren und Kontakte aufnehmen sollen, Einladung von ebenfalls ausgesuchten Delegationen sowie von Schulkindern (Ferienaktion) aus der Bundesrepublik in die SBZ "zum Studium der sozialistischen Errungenschaften"; Veranstaltung von "Gesamtdeutschen Arbeitskonferenzen"; und von "Gesamtdeutschen Gesprächen" zwischen SED-Funktionären und angeblichen SPD-Mitgliedern. Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik sind in der Mehrzahl getarnte Kommunisten.

Verschickung von Propagandamaterial der Nationalen Front und des Ausschusses für deutsche Einheit an zahlreiche Organisationen, Betriebe, Schulen und Privatpersonen in der Bundesrepublik. Schulkinder, Angestellte, Funktionäre und andere werden aufgefordert, mit bekannten und unbekanntenen Personen in der Bundesrepublik in briefliche Verbindung zu treten sowie "Patenschaften" zu übernehmen und über die Notwendigkeit einer Anerkennung der DDR als souveränen Staat, die Umwandlung West-Berlins in eine sog. Freie Stadt, über die sozialistischen Errungenschaften, die angeblich "undemokratischen Verhältnisse" in Westdeutschland und die "Vorbereitung eines Blitzkrieges" durch die Bundesrepublik "aufzuklären".

Daneben wird die SED-Deutschlandkonzeption durch den Rundfunk und das Fernsehen propagiert. Die jährlichen Aufwendungen für alle diese Tätigkeiten werden auf 100 bis 120 Millionen DM West und 250 Millionen DM Ost beziffert. ...

In allen wichtigen politischen Fragen der Gesamtdeutschen Arbeit, zum Teil sogar in Detailfragen, entscheidet Walter Ulbricht.

Ziel der Gesamtdeutschen Arbeit ist die Bundesrepublik aus den "Händen der Monopolherren und ihrer Diener" zu befreien und dafür Sorge zu tragen, daß ganz Deutschland ein blühendes und in der Welt geachtetes sozialistisches Vaterland wird (Beilage 49 zur Zeitschrift "Junge Generation", S.11).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Revanchepolitik" in der SBZ (x009/369): >>Als Revanchepolitik, häufig auch als Revanchismus verleumdet das Regime alle Bemühungen, die 1945 offengebliebenen Gebietsfragen zu erörtern, um sie auf dem Verhandlungswege zu lösen.

Jede Erörterung vor allem der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie lehnt das Regime der SBZ scharf ab, weil sie angeblich zum Kriege gegen den Sowjetblock führe. Revanchepolitik wird vielen führenden Politikern aller Parteien der Bundesrepublik vorgeworfen.

Als Revanchepolitik stellt die SED auch die völlig rechtmäßigen Bemühungen weitest demokratischer Kreise und der Reichskabinette zwischen 1919 und 1932 hin, einschneidende Bestimmungen der Versailler Regelung von 1919 friedlich zu revidieren.

Mit ihren Behauptungen über die "Revanchepolitik in Westdeutschland" versucht das Regime der SBZ, die Bundesrepublik als einen Kriegstreiber hinzustellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wiedergutmachung" in der SBZ (x009/485-486): >>Eine individuelle Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts erfolgt in der SBZ nicht.

Auch mit anderen Staaten sind keine Wiedergutmachungsabkommen abgeschlossen. Nur die anerkannten, das heißt, noch heute für das kommunistische System in der SBZ eintretende Verfolgte des Naziregimes genießen einige Vorteile, darunter bei Erwerbsminderung Leistungen aus der Sozialversicherung, die denen bei Betriebsunfällen gleichen, auch wenn sie keine Versicherungszeiten aufweisen können.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Auslandspropaganda" der SBZ (x009/45): >>Ziel der Auslandspropaganda ist es, die nichtkommunistischen, vor allem die sogenannten neutralen Länder durch Herabsetzung der Bundesrepublik und durch die Propagierung der friedlichen, "uneigennütigen" und "antikolonialistischen" Politik des SBZ-Regimes der Bundesrepublik Deutschland zu entfremden und für verbesserte und schließlich diplomatische Beziehungen zu gewinnen.

Im weiteren Sinne bezweckt die Auslandspropaganda: Gewinnung neutraler Potenzen im Ausland, ihre Indoktrinierung im kommunistischen Geist, den Aufbau einer Monopolstellung im Informationswesen besonders der afrikanisch-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, die Intensivierung wirtschaftlicher Verbindungen.

Dafür werden außerordentlich hohe personelle und finanzielle Mittel aufgewendet; alle Handelsvertretungen, Konsulate usw. dienen als Schaltstellen der Auslandspropaganda, ebenso wie eine Vielzahl spezieller "Freundschaftsgesellschaften" ("Gesellschaft für Freundschaft zwischen Mexiko und der DDR" ...). Aber auch spezielle "Solidaritätskomitees" oder die "DDR-Sektion der Weltföderation der Partnerstädte" und ähnliche Institutionen sind im Rahmen und im Sinne der Auslandspropaganda aktiv tätig.

Zur Indoktrinierung von Gästen und Studenten aus dem nichtkommunistischen Ausland bedient sich die Auslandspropaganda u.a. spezieller Foren und Konferenzen ("Ostseewoche", "Konferenz zum Studium des westdeutschen Neokolonialismus"), des "Instituts für Ausländerstudium" an der FDGB-Hochschule in Bernau, des "Instituts für Ausländerstudium" an der Universität Leipzig und anderer Institutionen.

Spezielle Publikationen der Auslandspropaganda sind u.a. die vielsprachig erscheinende "DDR-Revue", "Bericht aus dem demokratischen Deutschland" und "Deutsche Stimmen".

Vom Staatlichen Rundfunkkomitee wird über den Sender "Radio DDR International" ein besonderer "Auslandsdienst des Deutschen Demokratischen Rundfunks" betrieben, der täglich mehrstündige Programme in Englisch, Französisch, Dänisch, Arabisch und in anderen Sprachen ausstrahlt.

Der Auslandspropaganda dienen schließlich die Weitergabe von Rundfunkprogrammen, die Werbung und Vermittlung ausländischer Besucher in der SBZ, offizielle und inoffizielle Reisen von Wissenschaftlern, Wirtschaftlern, Partei-, Gewerkschafts-, Jugend- und Staatsfunktionären.

... Zentrale Steuerungsstelle (für die Auslandspropaganda) ist in jedem Falle der SED-Parteiparat.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Infiltration" der SBZ (x009/188): >>Sammelbezeichnung für die kommunistische Taktik des Einsickerns von Personen, Nachrichten und Gerüchten.

Durch Infiltration soll eine geschlossene Abwehr gegen den Bolschewismus untergraben werden. Anders als lautstarke Propaganda ist sie gefährlich durch ihre unmerkliche, auf die Dauer zersetzende Wirkung. Das Ziel der vielfältigen Infiltrationsmethoden sind alle Personenkreise, bei denen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen vorausgesetzt wird.

Während durch personelle Infiltration kommunistische Vertrauensleute in wichtige Stellungen

des gesamten öffentlichen Lebens eingeschleust werden sollen, will die geistige Infiltration durch Ausstreuen von Gerüchten und Zwecknachrichten im Westen ein Gefühl der Unsicherheit und Schwäche verbreiten. Die wichtigsten westdeutschen Stützpunkte für die Infiltrationstaktik sind die kommunistischen Tarnorganisationen.

1960 erschienen für Zwecke der Infiltration mehr als 130 Zeitungen und Zeitschriften der Tarnorganisationen (größtenteils in der SBZ gedruckt) und 120 kommunistische Betriebszeitungen und mindestens 167 Zeitungen und Ortsblätter der verbotenen KPD. Ferner wurden monatlich 9 bis 10 Millionen Flugblätter und Briefzeitungen in die Bundesrepublik geschmuggelt.

Für die Infiltration, die eng mit der gesamtdeutschen Arbeit der SED, der Massenorganisationen und des Staatsapparates zusammenwirkt, werden sehr hohe Summen ausgegeben. Die Richtlinien für die Infiltration erteilt das Politbüro der SED. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Tarnorganisationen" der SBZ (x009/435): >>Organisationen unter kommunistischer Leitung, die besonders außerhalb des kommunistischen Machtbereiches nichtkommunistische und politisch indifferente Kreise bearbeiten.

Sie sollen kommunistische Gedanken verbreiten und Aktionen gegen gesellschaftliche und politische Ordnung der Freien Welt vorbereiten. Auch sind Tarnorganisationen scheinbar harmlose Aushängeschilder für "gesamtdeutsche Gespräche" und "Friedensaktionen" sowie Stützen der Infiltration und der eingeschleusten Agenten und Spione. ...

Neben internationalen Tarnorganisationen gibt es kleine, z.T. örtliche Tarnorganisationen, die als "Aktionsausschüsse, Kreise, Komitees" o.ä. auftreten. Sie sind gefährlich, weil sie sich örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten anpassen und in der Lage sind, Mißstimmungen auch kleinerer Personengruppen auszunutzen.

In der Bundesrepublik sind Tarnorganisationen nach der Gründung der DDR und den kommunistischen Wahlniederlagen sehr rege. Gesteuert werden sie von der Abteilung "gesamtdeutsche Fragen" des ZK der SED und von der entsprechenden Abteilung des Bundesvorstandes des FDGB.

Die Zahl der Tarnorganisationen in der Bundesrepublik ging in die Hunderte. Ein großer Teil besteht nicht mehr. Denn sobald sie als kommunistische Werkzeuge entlarvt sind, stellen sie ihre Tätigkeit ein, um unter Führung der gleichen Leute, aber unter anderem Namen ihre Wählerarbeit wieder aufzunehmen.

Nach vorsichtigen Schätzungen belief sich die Zahl der Tarnorganisationen im Jahre 1953 auf etwa 90, während sie 1955 mit etwa 130 angegeben wurde. Es empfiehlt sich, in Zweifelsfällen Auskunft bei den zuständigen Bundes- und Landesbehörden einzuholen.<<

29.09.1960

BRD: Am 29. September 1960 schließen die Kultusminister der Länder in Saarbrücken eine "Rahmenvereinbarung" für die Oberstufen der Gymnasien, den Geschichtsunterricht in das Fach "Gemeinschaftskunde" zu integrieren.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x306/267-278): >>**Vergangenheitsbewältigung**

Je weiter sich der Zweite Weltkrieg entfernt, desto gegenwärtiger wird er. Nicht etwa im Gedenken von Kriegervereinen, sondern in den aus ihm gezogenen "Lehren", deren Beachtung jedermann dringlich empfohlen wird. Dafür hätte kaum ein schwammigerer Begriff als "Vergangenheitsbewältigung" gefunden werden können. Mittlerweile hat die Vergangenheitsbewältigung bereits ihre Geschichte, die selber nach Bewältigung ruft.

Die amtliche Darstellung der Bundesregierung präzisiert: "Am 24. Dezember 1959 gegen 23

Uhr wurde auf dem in Köln am Hansaring errichteten Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus mit der Inschrift: 'Hier ruhen sieben Opfer der Gestapo.

Dieses Mal erinnert an Deutschlands schandvollste Zeit 1933-1945' der zweite Satz mit schwarzer Lackfarbe überschmiert. In derselben Nacht, am 25. Dezember 1959, gegen 2.30 Uhr wurde die Synagoge in Köln, Roonstraße, durch folgende Aufschriften besudelt: die Außenmauer des Grundstücks durch die Parolen 'Juden raus' und 'Deutsche fordern: Juden raus'; die Wand und ein Eingang zur Synagoge durch Hakenkreuze und durch Überschmieren der Inschrift 'Synagogengemeinde Köln'; die Innenseite des Toreingangs zur Synagoge durch ein Hakenkreuz sowie durch Überstreichen der Hausglockentafel und des Türgriffs. Zu diesen Schmierereien wurde weiße und rote Lackfarbe benutzt."

Die beiden miternächtlichen Täter - sie waren wegen fortgesetzten Betrugs und Autodiebstahls bereits vorbestraft - wurden Anfang Februar 1960 wegen "Beschädigung öffentlicher Sachen" zu 14 bzw. 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Man hat von ihnen seither nichts mehr gehört.

Die Tat jedoch löste eine weltweite Kampagne aus, die eine Identifizierung der Bundesrepublik mit dem 1945 untergegangenen "Dritten Reich" zum Inhalt und teilweise auch zum Ziel hatte. Der Verfasser, der sich zu diesem Zeitpunkt in Indien aufhielt, war nach der Lektüre der dortigen Presse im Zweifel, ob die Nationalsozialisten in der Bundesrepublik kurz vor der Machtergreifung stünden oder die Macht schon ergriffen hätten. Die Auslandsberichterstattung der indischen Presse basierte damals fast ausschließlich auf britischen Quellen.

Am 18. Februar 1960 mußte Bundesinnenminister Schröder im Bundestag erklären: "Wir stellen uns ernsthaft die Frage, ob wir den nach 1945, insbesondere seit der Bildung der Bundesrepublik 1949 eingeschlagenen neuen Weg ohne Beeinträchtigung fortsetzen können."

Die Bundesregierung sah sich plötzlich für Dinge haften, die sie weder veranlaßt hatte noch irgendwie beeinflussen konnte. Mit höchst unzulänglichen Mitteln versuchte sie sich der propagandistischen Sturmflut, die über die Bundesrepublik hereinbrach, entgegenzustemmen. Schröder sagte im Bundestag: "Wir werden heute nicht von neuem vor die persönlichen Entscheidungen der Jahre 1933 bis 1945 gestellt, sondern wir haben 15 Jahre eines konsequent anderen Weges hinter uns ...

Unter uns kann es und darf es nicht den Maßstab wirklichen oder angeblichen Versagens gegenüber dem totalitären Nationalsozialismus geben, der alle unter sein kaudinisches Joch gezwungen hat, sondern nur einen einzigen Prüfstein: den entschlossenen Willen, den seit 15 Jahren verfolgten neuen Weg unbeirrt fortzusetzen."

Schröder hatte natürlich seine staatspolitische Rechnung ohne den publizistischen Wirt im deutschen Hause gemacht, und seine Mahnung verhallte wie der Kommentar eines Provinzblattes. Hingegen kam die Erklärung des Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid dem vom Wirt Erwünschten schon ziemlich nahe. Zwar, meinte Schmid, habe die Pressekampagne dazu geführt, daß eine Reihe von Halbstarken ähnliche Taten wie die in Köln begangen hätten, was mancherorts bedauert würde: "Vielleicht ist dies aber gut: es gibt Lagen, in denen man die schlafenden Höllenhunde wecken muß, um an ihrem Gebell innezuwerden, wie nahe die Hölle noch ist."

Wenn ein Mao eine "Hundert Blumen-Kampagne" einleiten kann, die die Parteifeinde hervorlockt, um sie dann desto besser zerschmettern zu können, so wollte Carlo Schmid nur "innewerden". Ihm ging es um die Demonstration, daß es "unter der Schwelle des Bewußtseins noch unaufgeräumte Unratecken gibt". Allerdings definiert die Aufgabe der Aufräumung von Unratecken unter der Schwelle des Bewußtseins das Wesen des Staates neu, dessen nunmehriger tiefenpädagogischer Beruf sich mit dem alten der Gewährleistung der Rechtsgemeinschaft und deren Schutz gegen Angriffe, auch von außen, nicht vereinbaren läßt.

Der Konflikt zwischen den Staatsaufgaben wurde von Carlo Schmid auch gesehen und einsei-

tig entschieden, wenn er denjenigen ein "Versagen" vorwarf, die die Vorgänge "nicht unter dem Aspekt der Moral, sondern unter dem Gesichtswinkel des möglichen Schadens betrachten, den die Bundesrepublik erlitten haben mag". Neben den beiden diametral einander gegenüberstehenden Äußerungen, die auf eine vollkommen verschiedene Auffassung über die Aufgaben des Staatswesens zurückgehen, druckte die amtliche Publikation noch ein beinahe rührendes Zeugnis des Verkennens der Situation ab. Bundespräsident Lübke sagte:

"Wenn die Weltpresse die deutschen Gegenaktionen, die sich auf eine geschlossene Volksmeinung stützen, ebenso breit in der Öffentlichkeit behandelt hätte wie die einzelnen Schändungen, so wäre das Gesamtbild für Deutschland günstiger."

Man konnte aus "moralischen" Gründen bewußt politische Risiken eingehen, man konnte versuchen, diese Risiken zu begrenzen, aber man konnte nun wirklich nicht an den Gerechtigkeitssinn der "Weltpresse" appellieren. Der Topos "Nazi Germany" erfüllte eine ganz bestimmte, nüchtern kalkulierte Funktion bei dem Versuch, mit den Russen ins politische Geschäft zu kommen. Hitler war der Katalysator der russisch amerikanischen Allianz im Zweiten Weltkrieg gewesen. Warum sollte er nicht den gleichen Dienst ein zweites Mal leisten?

Interessant an der Erklärung Carlo Schmid's ist, daß er sich über die Struktur der Massenmedien nicht im klaren war. Er spricht an einer Stelle von "Wochenschau" (also Kino) und "Zeitung", an anderer Stelle von der "Presse", die "viel Aufhebens von diesem Schmutze" gemacht habe, und verkennt völlig, daß zum Zeitpunkt des Kölner Ereignisses die Schwelle zum Fernsehzeitalter überschritten war.

Die Erhebung des Zeigefingers begann auch mit einer Fernsehansprache des nordrheinwestfälischen Innenministers Dufhues am ersten Weihnachtsfeiertag. Die Sendezeit konnte kaum günstiger liegen, da die Zahl der Fernsehempfänger sich gerade so vermehrt hatte, daß man von einer allgemeinen Verbreitung sprechen konnte, und der Weihnachtsfeiertag der Tag des großen Ausprobierens war.

Es ist kein Zufall, daß der Durchbruch der Kampagne durch Ausnutzung eines optischen (Hakenkreuz) und nicht eines akustischen Anlasses gelang. Die Kölner Hakenkreuzschmiererei und die durch sie ausgelöste weltweite Kampagne ist das erste große telekausale politische Ereignis, dem im folgenden Jahr das noch bedeutendere der Wahl des Präsidenten John F. Kennedy folgen sollte.

Die Weihnachten 1959 anlaufende Agitation gab einer Kampagne den offiziellen Stempel, die in privaten Bereichen schon einige Jahre zuvor Fuß gefaßt hatte. Sie trug den recht kuriosen Namen "Bewältigung der Vergangenheit". Der Name stammt aus dem Mekka der Gesprächspilger, den Evangelischen Akademien.

1955 war er erstmals von Erich Müller-Gangloff auf eine Einladung zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin gesetzt worden, im Oktober 1955 Thema einer Tagung der Grenzakademie Sankelmark, dann am 20. Juli 1956 als "Hitler oder die unbewältigte Vergangenheit" Thema einer Tagung in Berlin. Er tauchte auf dem siebenten Evangelischen Kirchentag des gleichen Jahres in Diskussionsbeiträgen auf und verbreitete sich wie ein Buschfeuer. Theodor W. Adorno gab im Herbst 1959 folgende Exegese:

"Die narzißtischen Triebregungen der einzelnen, denen die verhärtete Welt immer weniger Befriedigung verspricht und die doch ungemindert fortbestehen, solange die Zivilisation ihnen sonst soviel versagt, finden Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem Ganzen. Dieser kollektive Narzißmus ist durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden. Seine Schädigung ereignete sich im Bereich der bloßen Tatsächlichkeit, ohne daß die einzelnen sie sich bewußt gemacht hätten und dadurch mit ihr fertig geworden wären. Das ist der sozialpsychologisch zutreffende Sinn der Rede von der unbewältigten Vergangenheit."

Die Vergangenheitsbewältigung ist die Anwendung sozialpsychologischer Erkenntnisse in

einer Massentherapie, die eine krankhafte Einstellung der Deutschen (Sozialpathologie) durch Bewußtmachung ihrer "Vergangenheit" zum Verschwinden bringen will. Die Deutschen hätten den Nationalsozialismus im allgemeinen, "Hitler - das gesamtdeutsche Trauma" (Gert Kallow) im speziellen verdrängt und leisteten Widerstand, wenn man sie mit dieser Vergangenheit, also mit sich selber, konfrontierte.

Hitler werde eingekapselt, mit bösen Etiketten versehen, abgelehnt. Dadurch sei die Vergangenheit aber keineswegs bewältigt, sondern eben unbewältigt, da die gebotene "Trauerarbeit" (Alexander Mitscherlich) verhindert werde.

Wenn die Assimilation Hitlers und seine fortschreitende seelische Überwindung in das Zentrum einer Sozialreligion gerückt wird, ordnen sich alle Gegenstände um den Glaubenshauptgegenstand herum an. Alles und jedes ist entweder Trauerarbeit oder Flucht vor ihr. Schließlich tritt an die Stelle des Kalten Krieges der neue Ost-West-Konflikt der verschiedenen Aufarbeitungssysteme:

"Während es für den Christen selbstverständlich ist, daß die Abkehr von diesem Gestern nur im Gegenüber zur bewußten Erinnerung erfolgen kann, ist für den Marxisten mit dem Eintritt in die Welt des Sozialismus jede Verbindlichkeit von gestern her erloschen" (Erich Müller-Gangloff).

Dieser Gedanke kann dahingehend entwickelt werden, daß ein innerdeutscher Ost-West-Ausgleich, der nicht notwendig eine staatliche Wiedervereinigung bedeutet, dadurch erreicht werden kann, daß sich östlicher Marxismus und westliche Bewältigung vermählen. Mancher "Dialog" steuert deutlich in diese Richtung. ...

Für die Trauerarbeit ist Voraussetzung, daß Hitler nicht sterben darf. Für die weltpolitische Situation war er schon 1944 tot, es ging nur noch um sein Erbe. Damit öffnet sich eine Schere zwischen den vermeintlichen psychologischen und therapeutischen Erfordernissen und der sich aus der politischen Weltkonstellation ergebenden Gegenwartssituation. ...

Der Bewältigung der Vergangenheit liegt ein geschlossenes System eines geistigen Kreislaufs zugrunde. Ein moralisches Postulat wird in der Gegenwart aufgestellt. Aufgrund dieses Postulats werden das "Dritte Reich" und die deutsche Geschichte gedeutet.

Aus der so gedeuteten Geschichte werden Lehren für die Gegenwart gezogen, die zu verschärften moralischen Postulaten und damit zu erneut rigoroseren Deutungen der Vergangenheit führen, und so weiter, immer im Kreis herum, bis eines Tages das auf sich selbst bezogene Gebilde am Fels der Realität zerschellt. Die moralische Eskalation kann auf Inhalte weitgehend verzichten.

Die Verwendung der Geschichte des "Dritten Reiches" in der Trauerarbeit hat eine Begegnung mit Geschichte nicht in ihrem Gefolge, im Gegenteil. Hans Buchheim, der über ein Jahrzehnt im "Institut für Zeitgeschichte" tätig war, kommt zum Schluß:

"Alles in allem muß man also leider feststellen, daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Dritten Reich die Vorstellungen über jene Zeit nicht etwa zutreffender werden, sondern vielmehr immer abwegiger." Es grassiere eine spekulative Betrachtungsweise, die "Geschichte nur als Stoff benutzt, an dem sie ein Prinzip demonstrieren kann".

Die Betrachtung des Dritten Reiches durch die Älteren sei völlig unreflektiert, nur durch persönliche Eindrücke bestimmt, die der jüngeren nur reflektiert. "Die Jüngeren halten eine differenzierende Betrachtungsweise von vorne herein für apologetisch und unmoralisch, weil für ihre Begriffe die Moralität des Urteils in dem Maße zunimmt, in dem alle Aspekte eines Problems auf einen Aspekt konzentriert werden".

Der Aspekt, auf den alle Aspekte des Dritten Reiches konzentriert werden, ist nach Buchheim der Aspekt des Verbrechens, zusammengefaßt im Symbolbegriff Auschwitz. Vom Aspekt des Verbrechens wird ein Dispens des politischen Denkens abgeleitet, der jede nüchterne Erwägung in der Gegenwart und jede Einbeziehung des Selbstinteresses schon als Ansatz zum

Verbrechen wertet. ...

Der Verfasser besitzt eine von Werner Hilgemann herausgegebene Schulwandkarte, die auf vier Quadratmetern mit Judensternen, SS Fähnchen, Wachtürmen und Galgen bedeckt ist, ihr Titel: "Deutschland unter der Hitlerdiktatur 1933-1945." (Verlag J. Perthes, 1963). Als 1960 das propagandistische Gewitter über der Bundesrepublik losbrach, war ein Blitzableiter vonnöten. Die Schulen waren aufgrund der bestehenden staatlichen Schulhoheit der Ort, wo ohne Störung der Rechtsordnung, die bei einer zweiten Entnazifizierung unvermeidbar gewesen wäre, bewältigt werden konnte.

Schon am Januar 1960 setzten nach dem Bericht der Bundesregierung die "systematischen Belehrungen in den Schulen" ein. Eine Flut von Anweisungen folgte. Am 29. September 1960 kam die "Rahmenvereinbarung" der Kultusministerkonferenz in Saarbrücken zustande, die in den Oberstufen der Schulen das Fach "Gemeinschaftskunde" einführt und den Geschichtsunterricht in ihm aufgehen ließ. An die Stelle des chronologischen Geschichtsunterrichts trat der "exemplarische", der den Stoff benutzte, um an ihm ein Prinzip zu demonstrieren.

Die demonstrationsstudentische Bewegung von 1967/68 ist nicht von ungefähr antihistorisch. In der Antifestschrift zum 150 jährigen Jubiläum der Universität Bonn, "150 Jahre Klassenuniversität", schreibt Bernd Pauly:

"Uns scheint, es würde niemandem auffallen, wenn die Geschichtswissenschaft über Nacht abgeschafft würde. Dort, wo sie gesellschaftliche Effizienz haben soll, an den höheren Schulen, wird sie als autonomes Unterrichtsfach mehr und mehr zurückgedrängt, denn es leuchtet selbst Kultusministern ein, daß die lichtsuchende Jugend kanonisierter Plattheiten über Bismarck und andere füglich entraten kann".

In der Einführung des Faches "Gemeinschaftskunde" sahen seine Promotoren eine "große neue Aufgabe", nämlich "die Erziehung des (auch) politischen Menschen, der die Erinnerung bewahrt und aus ihr handelt" (Felix Messerschmid). Sie glaubten allen Ernstes, mit ihrem Unternehmen einen Beitrag zur geistigen Verteidigung des Westens zu leisten, zu der Karl Dietrich Erdmann auf dem Historikerkongreß von Duisburg 1962 in flammenden Worten aufrief. Eine völlig unübersehbare Literatur über Didaktik und Systematik des politischen Unterrichts ergoß sich über die Pädagogen.

Es war vorauszurechnen, daß etwa im Jahre 1968 zum ersten Mal seit 1945 eine politisch gereifte und demokratisch gebildete Abiturientengeneration in die Universitäten einrücken würde. Tatsächlich wurde diese Generation auch als "erste hoffnungsvolle Generation unseres Volkes" (Müller-Gangloff) begrüßt.

Wenn Messerschmid das Erziehungsziel des Bewahrens der Erinnerung und des Handelns aus ihr aufstellte, übersah er, daß die Jugend ja nicht die Messerschmidischen Erinnerungen bewahren konnte, sondern nur die ihres eigenen Erlebniskreises, und der wurde durch eiertanzende Studienräte gebildet, die als politische Doktrin eine reichlich stümperhafte Rationalisierung von Erlebnissen anderer zu verkünden hatten. ...

Welche Rolle konnte die "unbewältigte Vergangenheit" als Bildungserlebnis bei einer Generation spielen, die nach dem Krieg geboren und nun z.B. von Pfarrer Franz von Hammerstein vor die Frage gestellt wurde: "Was würden wir tun, wenn man uns zum Selektieren auf die Rampe in Auschwitz Birkenau stellte, oder wenn wir als Soldaten die grauenhaften Geiseler-schießungen beobachteten?" Die Antwort mußte, da Auschwitz in unerreichbare Ferne gerückt war, in dem Wurf von Frischeiern auf lebende Staatsmänner, Love Ins in Rektoratsräumen und der Auffassung bestehen, daß die ganze Gesellschaft in Verbrechen verstrickt sei. Die bewältigende Generation glaubte, es sich schuldig zu sein, die Jugend in einen Prozeß der Sühne einzubeziehen:

"Man kann stellvertretend für die Väter sühnen, ähnlich wie die Väter oft für ihre Kinder sühnen müssen. Sühne ist nicht identisch mit Strafe verbüßen, sondern bedeutet, die Strafe als

gerecht akzeptieren. Worin besteht eigentlich die Strafe? Einzelne werden bestraft, wenn die Gesetze, die Justiz, dazu zwingen.

Das deutsche Volk wurde unter anderem bestraft durch die Wegnahme von Ostpreußen, Schlesien und Pommern, durch die Vertreibung der dortigen Bevölkerung sowie durch die Teilung. Diese Strafen haben nach 1945 mehr oder wenige Schuldige - von Unschuldigen sollte man für die damalige Generation nicht reden - getroffen, und gerade etwa die Teilung trifft auch Unschuldige heute. Welche Strafen uns ein künftiger Friedensvertrag etwa noch auferlegt, wissen wir nicht."

Die religiöse Aufladung der profanen Geschichte, die Ersetzung des persönlichen Gottes durch den Geschichtslenker, der sich im Zeitgeschehen offenbart und sein Gericht durch die Weltmächte vollzieht, ist in der geschichtlichen Dimension des Christentums, aus der nach Löwith die säkulare Geschichtsphilosophie hervorging, angelegt, so daß der Sühneprotestantismus - auch im Katholizismus kommen Parallelen auf - manchen innerkirchlichen Ansatzpunkt hatte. Politische Differenzen bekamen dadurch kirchensprengende Wirkung.

Die Vergangenheitsbewältigung hat auch Wissenschaftsgeschichte geschrieben und die Fragestellungen, Terminologien und Antworten einer ganzen Reihe von Fächern - von der Psychiatrie bis zur Staatsrechtslehre - beeinflußt. Als Beispiel einer Anwendungsmöglichkeit der Vergangenheitsbewältigung sei das Gebiet der Außenpolitik herausgegriffen.

Die auf die Außenpolitik angewandte Vergangenheitsbewältigung hatte, wie die dritte außerparlamentarische Bewegung "Kampf dem Atomtod", ihren Ausgangspunkt im Göttinger Memorandum der 18 Physiker. In vertraulichen Erörterungen am Dienstsitz von Bischof Hermann Kunst, Militärbischof, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche bei der Bundesregierung und Exponent des Kirchenliberalismus, wurden weitere Aktionen nach Art des Göttinger Memorandums konzipiert.

Ein "Tübinger Memorandum" wurde im Herbst 1961 an die Abgeordneten des neuen Bundestages verschickt und mit ihnen erörtert. Unter den Unterzeichnern (Becker, Bismarck, Heisenberg, Howe, Picht, Raiser, Weizsäcker) befanden sich noch zwei Physiker. Die Federführung war jedoch eindeutig an den Tübinger Juristen Prof. Ludwig Raiser übergegangen.

Während das Göttinger Memorandum sich nicht in der Lage sah, einen politischen Rat zu erteilen, und nur die Nichtbeteiligung der Physiker an der atomaren Forschung zu militärischen Zwecken kundtat, weiß die neue Denkschrift Bewegung genau, was zu tun ist, und versucht, die politischen Instanzen unter Druck zu setzen, indem sie vorgibt, sie durch Aufhebung des Drucks zum Handeln zu befreien. Der Kernsatz des Memorandums lautet:

"Die deutsche Position in der gegenwärtigen Krise wurde dadurch geschwächt, daß wir an Ansprüchen festgehalten haben, die auch bei unserem Verbündeten keine Zustimmung finden. Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder Neiße werden verloren geben müssen."

Das Tübinger Memorandum brachte Anschauungen zu Papier, die an keinem Punkte über das hinausgingen, was in den Kreisen der Kennedy Administration umlief und was von jenen, welche die deutsche Politik den amerikanischen Vorstellungen der Kennedy-Berater anpassen wollten (z.B. "Die Zeit"), angestrebt wurde. ...

Die eigentliche Sensation des Memorandums war jedoch sein theologischer Hintergrund. Diese Sensation steigerte sich noch, als der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands eine "Kammer für öffentliche Verantwortung" unter dem Vorsitz von Prof. Ludwig Raiser und der Geschäftsführung von Oberkirchenrat Erwin Wilkens beauftragte, eine Ost-Denkschrift auszuarbeiten, die den Titel trug "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen

Volkes zu seinen östlichen Nachbarn".

Die Denkschrift wurde im Oktober 1965, wieder nach der Wahl eines neuen Bundestages, veröffentlicht und führte sofort zu einer lebhaften Debatte, die nach einem halben Jahr schon 40 selbständige Schriften zutage gefördert hatte und heute noch anhält. Die Bielefelder These der Kirchlichen Bruderschaften, daß der Verzicht auf die Ostgebiete eine Erkenntnis sei, zu der "das Evangelium die politische Vernunft" befreit habe, wurde in der Ost-Denkschrift nicht mit diesen Worten formuliert, aber stand doch derart im Hintergrund, daß die an Verschlüsselungen gewohnten Zeitgenossen zu Recht stutzig wurden. ...

In harten Grabenkämpfen um jeden Punkt der Denkschrift schälte sich nach und nach heraus, daß die einzelnen Punkte nur die Schale um einen theologisch politischen Kern waren, der als "Ja zum Gericht Gottes", zur Konsequenz der Annahme jeder Forderung und Zumutung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs führte. ...

Die Sühnetheologen mußten in den ihnen Widersprechenden den "alt bösen Feind" wittern, der ein verstocktes Nein zum Gericht Gottes sagt. Sie waren daher auch maßgeblich an einer Kampagne beteiligt, die in einer umfangreichen Literatur einem "Nationalismus" den Garaus zu machen suchte, dem zunehmend alle satanischen Züge des Bösen angeschminkt wurden. Der Kampf gegen Nation, Nationalgefühl, Nationalismus ist seit den Illuminaten und bis hin zum Internationalismus der Sozialdemokratie eine Unterströmung der Linken gewesen.

Doch handelt es sich bei dem Bewältigungs-Anti-Nationalismus nicht um einfache Anknüpfung an diese Tradition, sondern um eine sehr spezifische Abwandlung. Das geht schon daraus hervor, daß die gleichen Kreise, die in Deutschland in der Bekämpfung des Begriffes der Nation den hauptsächlichlichen Inhalt der Politik sehen, in Österreich mit gleichem Elan diesen Begriff einführen wollen. Sie rufen diesseits von Inn und Salzach "Fort mit der Nation" und jenseits von Inn und Salzach "Her mit der Nation".<<